

Expertenmonitor

Bundesinstitut
für Berufsbildung **BiBB** ▶
▶ Forschen
▶ Beraten
▶ Zukunft gestalten

| BertelsmannStiftung

Heft 122

Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung

Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung

Aktuelle Vorschläge im Urteil
von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen

Schriftenreihe
des Bundesinstituts
für Berufsbildung
Bonn

Bundesinstitut
für Berufsbildung **BiBB** ▶
▶ Forschen
▶ Beraten
▶ Zukunft gestalten

Die WISSENSCHAFTLICHEN DISKUSIONSPAPIERE des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden durch den Präsidenten herausgegeben. Sie erscheinen als Namensbeiträge ihrer Verfasser und geben deren Meinung und nicht unbedingt die des Herausgebers wieder. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Ihre Veröffentlichung dient der Diskussion mit der Fachöffentlichkeit.

Beteiligte an der Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung:

Bundesinstitut für Berufsbildung

Ursula Beicht
Verena Eberhard
Julia Gei
Mona Granato
Andreas Krewerth
Joachim Gerd Ulrich

Bertelsmann Stiftung

Christine Gouverneur
Clemens Wieland

Veröffentlichung im Internet: 13.01.2011 (Preprint)

Vertriebsadresse:

Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.2 - Kommunikation
- Veröffentlichungen -
53142 Bonn

Bestell-Nr.: 14.122

Copyright 2011 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Herausgeber:
Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Internet: www.bibb.de
E-Mail: zentrale@bibb.de
Umschlaggestaltung: Hoch Drei Berlin
Herstellung: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-901-6

Gliederung

1	Einleitung: Viele Reformansätze – wenig Transparenz	5
2	Hintergrund und Methode der Studie	7
2.1	Veränderung des Übergangsgeschehens von der Schule in die Berufsausbildung seit den 1990er-Jahren	7
2.2	Die Zukunft des Übergangsgeschehens im Fokus vieler Programme und Initiativen .	10
2.3	Methodisches Vorgehen bei der Befragung der Experten und Jugendlichen	15
3	Ergebnisse der Studie	18
3.1	Allgemeine Einschätzungen zum Übergangssystem	18
3.2	Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“	19
3.3	Handlungsfeld „Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens“	21
3.4	Handlungsfeld „Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen“ ..	22
3.5	Handlungsfeld „Veränderung der Angebote des Übergangssystems“	24
3.6	Handlungsfeld „Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung“	26
3.7	Handlungsfeldübergreifende Betrachtung: Spitzenreiter und Schlusslichter unter den Reformvorschlägen	27
4	Fazit: Fingerspitzengefühl ist gefragt	32
5	Literatur- und Quellenverzeichnis	35

Abkürzungsverzeichnis

BA	Bundesagentur für Arbeit
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EQ	Betriebliche Einstiegsqualifizierung
HwO	Handwerksordnung
KMK	Kultusministerkonferenz
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
PT-DLR	Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt e.V.
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch - Arbeitsförderung
StBA	Statistisches Bundesamt

1 Einleitung: Viele Reformansätze – wenig Transparenz

Aktuell gibt es in Deutschland viele Förderprogramme und Initiativen, die eine Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Berufsausbildung anstreben. Zwar hat der demografisch bedingte Rückgang bei den Schulabgängern¹ zu einer Entlastung am Ausbildungsstellenmarkt geführt. Dennoch münden immer noch erhebliche Anteile unter den ausbildungsinteressierten Jugendlichen nicht direkt in eine Berufsausbildung ein. Stattdessen absolvieren sie oft teilqualifizierende Maßnahmen und Bildungsgänge im sogenannten „Übergangssystem“. Dessen Sinnhaftigkeit wird in der bildungspolitischen und wissenschaftlichen Diskussion oft angezweifelt.

Obwohl die Erforschung der Bildungswege von der Schule in die Arbeitswelt vorangetrieben wird, sind die empirischen Kenntnisse hierüber immer noch lückenhaft. Doch nicht nur die Übergangsprozesse, sondern auch die Reformansätze zu deren Verbesserung sind schwer zu überblicken. Unter Schlagwörtern wie „Potenzialanalyse“, „Berufseinstiegsbegleiter“ oder „Regionales Übergangsmangement“ werden vor allem im Auftrag von Bundes- und Länderministerien neue Instrumente in ausgewählten Schulen und Regionen erprobt. Unklar ist jedoch, wie solche Instrumente bei einer flächendeckenden und dauerhaften Anwendung in ganz Deutschland von den unterschiedlichen Akteursgruppen innerhalb der beruflichen Bildung aufgefasst würden. Welche Reformansätze würden Experten aus Betrieben und Berufsschulen unterstützen? Welche Positionen äußern Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände? Und welche Veränderungen würden schließlich die Jugendlichen, als Hauptadressaten der Neuerungen, begrüßen? Von den Bewertungen dieser und weiterer Akteure wird es abhängen, ob neue Instrumente im Übergangsgeschehen konstruktiv aufgegriffen werden oder ob es bei einer modellhaften Erprobung bleibt. Doch auch wenn Reformansätze identifiziert werden könnten, die über alle Akteursgruppen hinweg konsensfähig sind, garantiert dies nicht ihre dauerhafte Etablierung. Denn gesellschaftliche Entwicklungen – z. B. die aktuellen Sparzwänge der öffentlichen Haushalte oder der demografische Wandel – verändern auch die Rahmenbedingungen, unter denen die Neuerungen bestehen müssten.

Um Einschätzungen zu diesen Fragen geben zu können und somit zur Systematisierung der bildungspolitischen Diskussion beizutragen, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung eine Umfrage unter Berufsbildungsfachleuten und Jugendlichen durchgeführt. Einerseits wurden die Experten und Jugendlichen gefragt, für wie wünschenswert sie die Umsetzung bestimmter Vorschläge zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung halten. Andererseits sollten sie auch die Realisierbarkeit der Vorschläge innerhalb der nächsten Jahre einschätzen. Die 18 Reformvorschläge, die es zu bewerten galt, wurden von der gemeinsamen Projektgruppe des BIBB und der Bertelsmann Stiftung aus bereits existierenden Ansätzen zur Verbesserung des Übergangsgeschehens und aus Forschungsergebnissen abgeleitet. Die einzelnen Vorschläge sind zusammen keineswegs als Gesamtkonzept zu verstehen, das das BIBB und die Bertelsmann Stiftung zur Umsetzung empfehlen. Vielmehr sind die Vorschläge genauso vielfältig und teilweise widersprüchlich wie die Diskussionsstränge zur Reform des Übergangsgeschehens.

Nachfolgend wird zunächst skizziert, wie sich der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung in den beiden vergangenen Jahrzehnten verändert hat und welche Auswirkungen dies auf die Entwick-

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text auf die Unterscheidung in weibliche und männliche Schreibweise verzichtet. Gemeint sind jeweils beide Geschlechter.

lung des Übergangssystems hatte. Anschließend werden bereits existierende Programme und Initiativen zur Verbesserung des Übergangsgeschehens vorgestellt, aus denen viele der in der Umfrage zu bewertenden Vorschläge abgeleitet wurden. Nach der Schilderung des methodischen Vorgehens bei den Befragungen der Experten und Jugendlichen werden zentrale Ergebnisse vorgestellt. Über weitere Publikationen auf Grundlage der Umfragen, die z. B. zum Themenfeld „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ erfolgen werden, wird u. a. auf der Seite des BIBB-Expertenmonitors informiert (siehe www.expertenmonitor.de).

2 Hintergrund und Methode der Studie

2.1 Veränderung des Übergangsgeschehens von der Schule in die Berufsausbildung seit den 1990er-Jahren

Die Übergangsprozesse von den allgemeinbildenden Schulen in duale oder schulische Berufsausbildungen unterhalb der Hochschulebene haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert. Insbesondere die starke Ausweitung des sogenannten „Übergangssystems“ fiel in diesen Zeitraum. Geprägt wurde der Begriff „Übergangssystem“ vor allem durch den ersten nationalen Bildungsbericht aus dem Jahr 2006. Unter „Übergangssystem“ wurden hier alle beruflichen Ausbildungsangebote zusammengefasst, „die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses ermöglichen“ (KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2006, S. 79). Hierunter fallen Maßnahmen und Bildungsgänge, die sich hinsichtlich ihrer Inhalte, Dauer und institutionellen Verankerung stark voneinander unterscheiden. Zu den am stärksten besetzten Angeboten im Übergangssystem zählen:

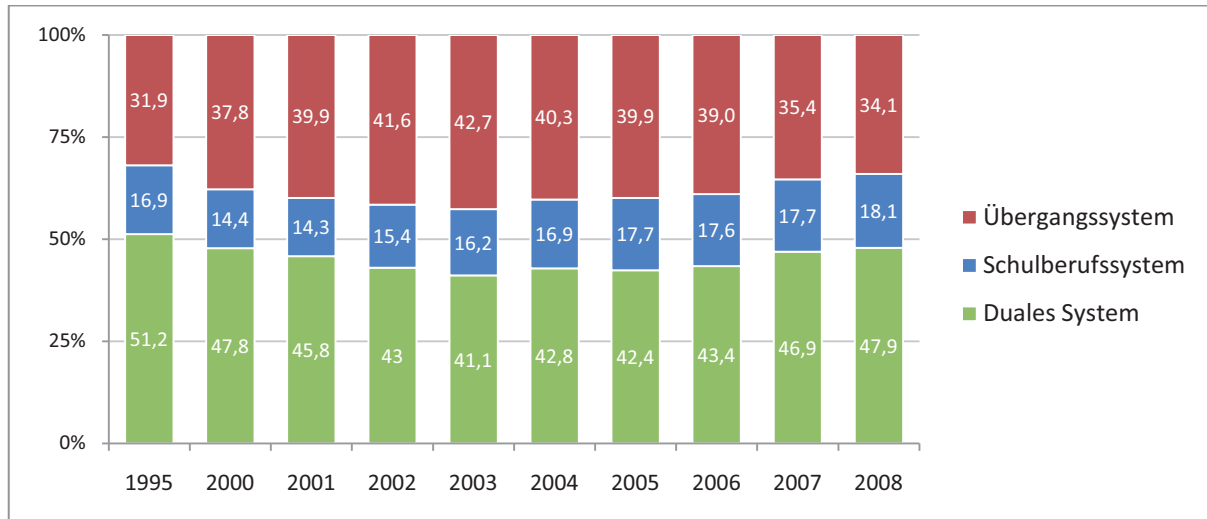
- die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB),
- die Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahre (BVJ/BGJ) der Bundesländer sowie deren teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen (z. B. Handelsschulen) und Angebote für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und
- die im Rahmen des Ausbildungspaktes eingeführten betrieblichen Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche (EQ) (vgl. zur Entstehungsgeschichte und den Zielsetzungen zentraler Angebote im Übergangssystem BEICHT 2009, S. 2).

Das somit äußerst heterogene Übergangssystem wird in den nationalen Bildungsberichten neben dem dualen System (betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO mit begleitendem Berufsschulunterricht) und dem Schulberufssystem (Ausbildung in einem gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form) als einer der drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems in Deutschland bezeichnet. Während 1995 erst 31,9 % aller Neuzugänge in diesen drei Sektoren auf das Übergangssystem entfielen, stieg dessen Anteil bis 2003 kontinuierlich auf 42,7 % an. Somit expandierte das Übergangssystem innerhalb weniger Jahre deutlich, während die Anteile des dualen Systems stark und des Schulberufssystems leicht sanken (vgl. **Übersicht 1**).

Auf Grundlage der Schul- und Trägerstatistiken, die für die nationalen Bildungsberichte ausgewertet werden, lässt sich allerdings nicht erkennen, welche Wege einzelne Personen nach der allgemeinbildenden Schule innerhalb der drei genannten Sektoren beschreiten und bei welchen Jugendlichen es zu den oftmals angeführten „Maßnahmenkarrieren“ kommt. Um solche Analysen zu ermöglichen, wurden mit der ersten BIBB-Übergangsstudie im Jahr 2006 die Bildungs- und Berufsbiografien der 18-24-Jährigen in Deutschland repräsentativ erhoben (vgl. BEICHT/FRIEDRICH/ULRICH 2008). Bezogen auf das Übergangssystem zeigte sich, dass von den nichtstudienberechtigten Schulabgängern, die zum Befragungszeitpunkt mindestens 20 Jahre alt waren, knapp ein Drittel (32 %) an mindestens einer

Übergangsmaßnahme teilgenommen hat.² Bei denjenigen, die maximal einen Hauptschulabschluss hatten, waren es sogar 42 %. Viele Teilnehmer durchliefen nicht nur eine, sondern mehrere Übergangsmaßnahmen (im Durchschnitt 1,3) (vgl. BEICHT 2009, S. 4).

Übersicht 1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 1995 und 2000 bis 2008³



Quellen: KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2006, AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2008 und 2010

Der Zuwachs des Übergangssystems, den die nationalen Bildungsberichte aufzeigen, resultierte vor allem daraus, dass sich die Schere zwischen der Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen⁴ und der Zahl der angebotenen dualen Ausbildungsplätze seit Anfang der 1990er-Jahre immer weiter öffnete. Dementsprechend wurde die Marktsituation aus Sicht der Ausbildungsinteressierten immer kritischer, was sich auch an der Entwicklung der „rechnerischen Einmündungsquote“ widerspiegelt. Diese gibt an, wie viele neu abgeschlossene Ausbildungsverträge auf jeweils 100 Schulabgänger kommen (vgl. **Übersicht 2**). Lag diese Quote Anfang der 1990er-Jahre noch weit über 70 %, so erreichte sie im Jahr 2005 mit nur noch 58,5 % ihren Tiefpunkt. Da aber auch Anfang der 2000er-Jahre jeweils fast drei Viertel der Schulabgänger in Deutschland direkt nach dem Verlassen der Schule oder später eine duale Ausbildung absolvieren wollten (vgl. FRIEDRICH 2009), reichte diese Versorgung nicht aus. Denn ULRICH und EBERHARD (vgl. 2008, S. 32) kommen zu der Einschätzung, dass erst von einem ausreichenden Ausbildungsstellenangebot ausgegangen werden kann, wenn die

² Die Definition des Übergangssystems unterscheidet sich zwischen den nationalen Bildungsberichten und der BIBB-Übergangsstudie geringfügig. So werden in der BIBB-Übergangsstudie z.B. nicht nur betriebliche Einstiegsqualifizierungen (EQ), sondern auch andere betriebliche Praktika, die nach der allgemeinbildenden Schulzeit durchgeführt werden, als Teil des Übergangssystems verstanden.

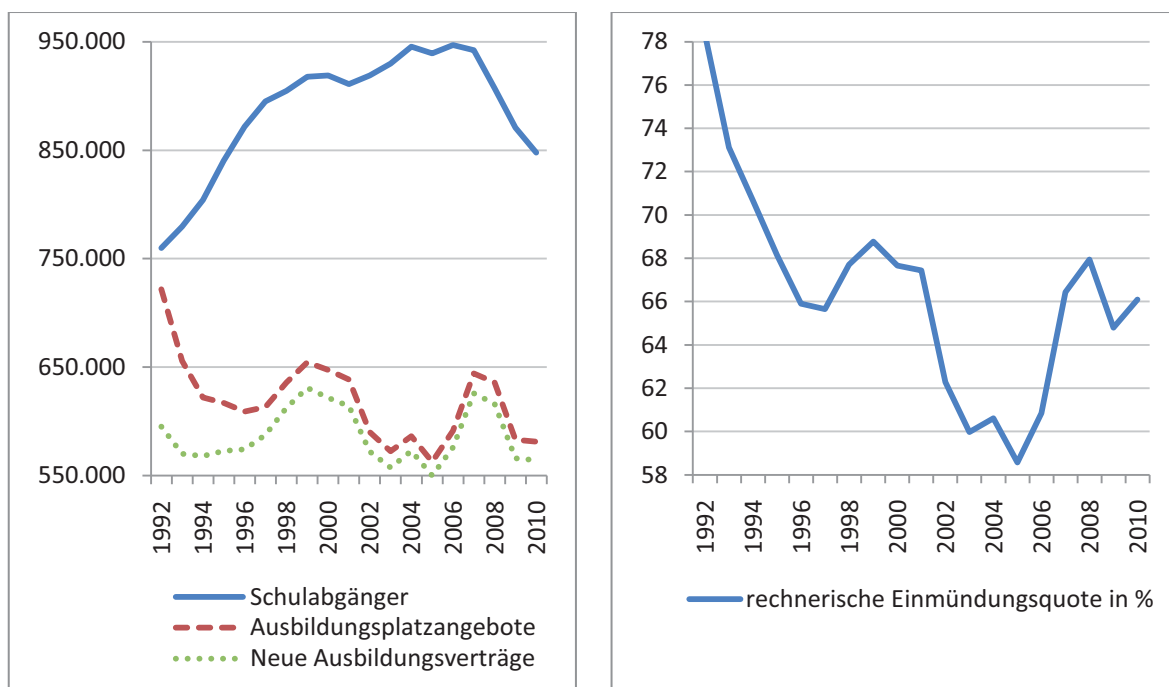
³ Im nationalen Bildungsbericht des Jahres 2010 (vgl. AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010) wurden leichte konzeptuelle Veränderungen bei den Datenzuordnungen zu den Sektoren vorgenommen. Die Vergleichbarkeit der Daten für die Jahre 2005-2008 mit früheren Jahren ist daher eingeschränkt.

⁴ Unter „Schulabgängern aus allgemeinbildenden Schulen“ werden hier wie im BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht (vgl. DIONISIUS/SCHWÄBIG 2010, S. 98) alle Personen verstanden, die die Schule innerhalb des jeweiligen Berichtsschuljahres mit oder ohne Schulabschluss verlassen haben. Nicht berücksichtigt werden Teilnehmer am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und an der Schulfremdenprüfung, wodurch sich leichte Abweichungen zu anderen Darstellungen der Schulabgängerzahlen in Deutschland ergeben können.

rechnerische Einmündungsquote über mehrere Jahre hinweg schätzungsweise mindestens 66 % beträgt.

Somit musste sich zwangsläufig ein Rückstau von erfolglosen Ausbildungsplatzbewerbern bilden. Um die Zeit bis zu ihrer erneuten Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu überbrücken, nutzten viele von ihnen die Angebote des Übergangssystems. Folgerichtig stieg daher auch der Anteil der Altbewerber unter den bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern beständig an, sodass 2006 erstmals mehr als jeder zweite Bewerber (50,5 %) nicht aus dem aktuellen Schulentlassjahr stammte (vgl. ULRICH 2010, S. 18).

Übersicht 2: Entwicklung der Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen, der Ausbildungsplatzangebote, der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der rechnerischen Einmündungsquote (Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je 100 Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen) von 1992 bis 2010



Quellen: StBA, BA, BIBB, Berechnungen BIBB

Doch nicht nur der beschriebene Ausbildungsplatzmangel wird als Ursache für den Zuwachs des Übergangssystems angeführt. Unter dem Stichwort „mangelnde Ausbildungsreife“ wird zudem diskutiert, ob das häufigere Misslingen sofortiger Übergänge in eine Berufsausbildung nicht auch ein Indiz dafür sei, dass die heutigen Schulabsolventen den qualitativen Ausbildungsanforderungen der Betriebe immer weniger gerecht würden. Eine empirische Überprüfung dieser Vermutung gestaltet sich schwierig, da die Definition des komplexen Konstrukts „Ausbildungsreife“ analytische und normative Probleme aufwirft und – sollte dennoch eine konsensfähige Definition gefunden werden – entsprechende Daten nur über aufwändige Tests mit Ausbildungsinteressierten gewonnen werden könnten (vgl. auch EBERHARD 2006).

Um mögliche Veränderungen bei den Qualifikationen der Ausbildungsplatzbewerber in den letzten 15 Jahren dennoch zumindest grob einschätzen zu können, wurden über den BIBB-Expertenmonitor

Berufsbildungsfachleute um ihre Einschätzungen gebeten (EHRENTHAL/EBERHARD/ULRICH 2005). Die Fachleute waren größtenteils der Meinung, dass es bei bestimmten Qualifikationen der Bewerber – vor allem Rechtschreibung, schriftliche Ausdrucksfähigkeit und einfaches Kopfrechnen – tatsächlich zu einer Verschlechterung gekommen sei. Allerdings beobachteten sie bei anderen Fähigkeiten – z. B. Grundkenntnisse im IT-Bereich und bei der englischen Sprache, Selbstsicherheit, Kommunikationsfähigkeit – auch Verbesserungen. Einig waren sich die Experten allerdings darin, dass in der jüngeren Vergangenheit die Komplexität der Arbeitswelt und damit einhergehend die Qualifikationsanforderungen der Betriebe deutlich gestiegen seien. Somit ist es plausibel, dass das Anwachsen des Übergangssystems zu einem gewissen Teil auch auf die zunehmende Überforderung niedrig qualifizierter Teilgruppen unter den Schulabgängern zurückgeführt wird.

Seit dem Jahr 2007 ist ein deutlicher Rückgang des Übergangssystems zu verzeichnen, wobei auch 2008 noch über ein Drittel (34,1 %) aller Neuzugänge in der beruflichen Bildung auf das Übergangssystem entfiel (vgl. **Übersicht 1**). Zurückzuführen ist diese Trendwende vor allem auf die demografisch bedingte Verringerung der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen, die auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen minderte (siehe hierzu auch die ersten Ergebnisse des Projekts „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ des BIBB und der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Auftrag BMBF (vgl. BIBB 2010)). Gleichzeitig stieg das Ausbildungsplatzangebot ab dem Jahr 2005 tendenziell wieder an, sodass sich die Marktsituation aus Sicht der Jugendlichen allmählich wieder verbesserte, was sich am Anstieg der rechnerischen Einmündungsquote ablesen lässt (vgl. **Übersicht 2**). Während ausgelöst durch die internationale Finanzkrise das Ausbildungsplatzangebot im Jahr 2009 nochmals einbrach, führte der Wirtschaftsaufschwung des Jahres 2010 dazu, dass sich das Angebot von betrieblichen Ausbildungsplätzen auf dem bestehenden Niveau konsolidierte⁵ (vgl. ULRICH u. a. 2010). Allerdings gab es auch 2010 noch 84.597 Personen (15 % von allen gemeldeten Bewerbern), die auch nach Abschluss des Vermittlungsjahres zum 30.09. noch immer auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren (vgl. ULRICH 2010, S. 22). Von einem insgesamt „entspannten Ausbildungsstellenmarkt“ kann also noch nicht gesprochen werden.

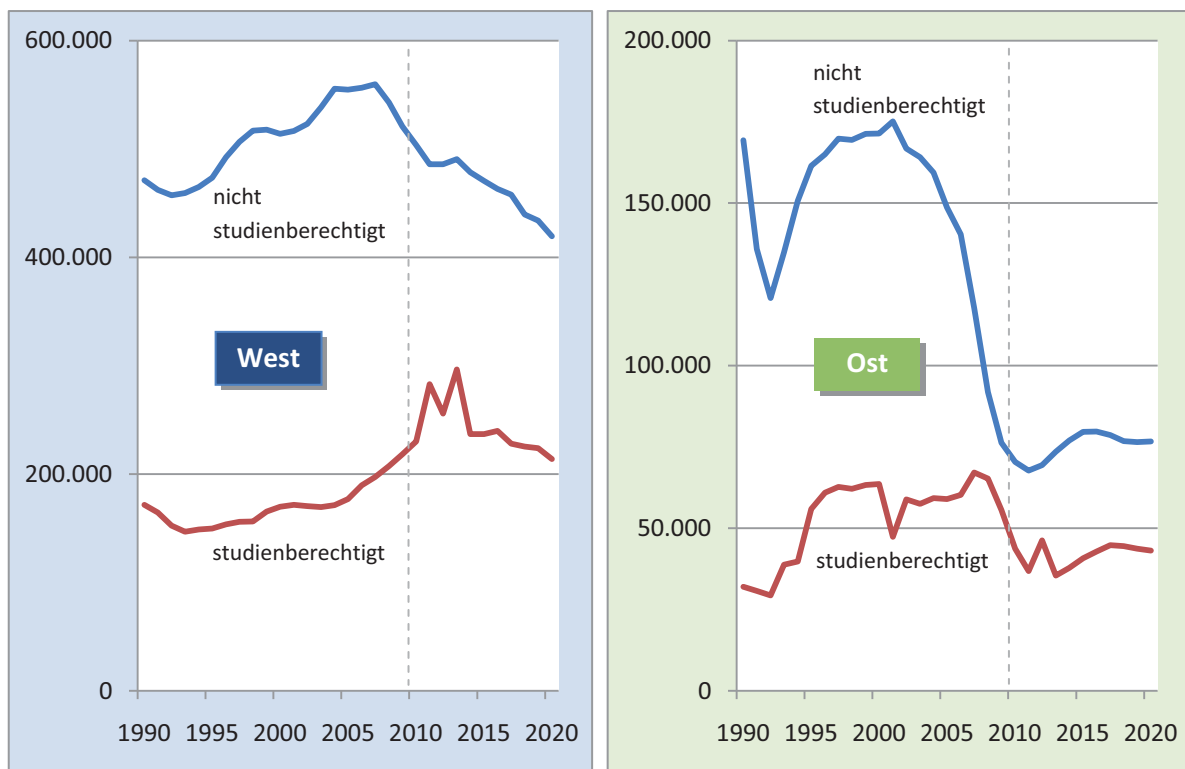
2.2 Die Zukunft des Übergangsgeschehens im Fokus vieler Programme und Initiativen

Der für die Ausbildungsinteressierten günstige und aus Sicht der Betriebe eher bedrohliche demografische Umschwung ist noch längst nicht abgeschlossen, wie die in **Übersicht 3** dargestellte Prognose der Schulabgängerzahlen bis zum Jahr 2020 zeigt. Da unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenenem Ausbildungsvertrag lediglich ein Fünftel über eine Studienberechtigung verfügt (2008: 20,7 %, vgl. Gericke 2010, S. 149), ist vor allem die Entwicklung bei den nicht studienberechtigten Schulabgängern für die Zukunft des dualen Ausbildungssystems relevant. Diesbezüglich unterscheiden sich West- und Ostdeutschland erheblich: In Ostdeutschland erfolgte seit 2001 bei den nicht studienberechtigten Schulabgängern ein rascher Einbruch, wahrscheinlich 2011 wird hier die Talsohle erreicht werden. In Westdeutschland stieg die Zahl der Abgänger ohne Studienberechtigung hingegen noch

⁵ Vom 01.10.2009 bis zum 30.09.2010 wurden bundesweit rund 560.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen, also 0,8 % weniger als im Jahr zuvor. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge setzen sich zusammen aus „betrieblichen“ Auszubildendenverhältnissen, deren praktischer Teil ausschließlich oder überwiegend betrieblich finanziert wird, sowie aus „außerbetrieblichen“ Auszubildendenverhältnissen, bei denen auch der praktische Teil (überwiegend) öffentlich finanziert ist. Für 2010 zeigt sich, dass allein das überwiegend öffentlich finanzierte Angebot zurückging (bundesweit um -4.800 bzw. -10,4 % auf 41.000), während das ausschließlich oder überwiegend betrieblich finanzierte Angebot mit 519.000 leicht höher ausfiel als im letzten Jahr (+500 bzw. +0,1 %) (vgl. ULRICH u. a. 2010).

bis 2007 an. Erst danach setzte ein deutlich sanfterer Rückgang ein, der sich allerdings noch bis mindestens 2020 fortsetzen wird. Die Auswirkungen dieses demografischen Umschwungs werden wie oben beschrieben bereits jetzt auf dem Ausbildungsstellenmarkt spürbar. Insbesondere in Ostdeutschland sehen sich Betriebe schon heute mit wachsenden Rekrutierungsproblemen konfrontiert (vgl. ULRICH 2010, S. 7f.). Doch auch in Westdeutschland wird diese Problematik zunehmen (vgl. für differenzierte Prognosen zur Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage GROßE DETERS/ULRICH/ULMER 2008).

Übersicht 3: Studienberechtigte und nicht studienberechtigte Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen in West- und Ostdeutschland von 1990 bis 2020 (1990 bis 2009 tatsächliche Entwicklung, 2010 bis 2020 prognostizierte Entwicklung)



Quellen: StBA, KMK, Berechnungen des BIBB

Angesichts dieser Entwicklungen könnte die These vertreten werden, dass die Betriebe zukünftig gezwungen sein werden, zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs auch verstärkt schwächere Schulabgänger aufzunehmen. Mangels Nachfrage werde das Übergangssystem dann nicht mehr erforderlich sein. Doch auch wenn in Zukunft bei einer bundesweiten Betrachtung das Ausbildungsplatzangebot die Nachfrage deutlich übersteigen sollte, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass dies auch in jeder einzelnen Region der Fall sein wird. Denn auch schon heute variiert die Versorgungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt z. B. auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erheblich (vgl. TROLTSCH 2010). Zudem erscheint es unrealistisch, dass die Betriebe ihre Anforderungen soweit absenken, dass sie *allen* Schulabgängern unabhängig von ihrer Vorbildung und Motivationslage Ausbildungsplätze anbieten werden (vgl. auch BERTELSMANN STIFTUNG 2010a).

Vor diesem Hintergrund wird in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion nicht davon ausgegangen, dass das Übergangssystem in Zukunft als Ganzes „austrocknen“ wird. Jedoch wird erörtert, welche Schwachstellen das heutige Übergangssystem aufweist und wie es angesichts der demogra-

fischen, wirtschaftlichen und sonstigen gesellschaftlichen Veränderungen weiterentwickelt werden muss. Hierbei wird als Ausgangspunkt häufig ein negatives Bild des bestehenden Übergangssystems gezeichnet (vgl. ausführliche Darstellungen der Kritik bei BEICHT 2009, S. 3f. und DOBISCHAT u. a. 2010, S. 10-12): Erstens sei schon der Begriff „Übergangssystem“ irreführend. Er impliziere, dass hier ein bewusst und sinnvoll strukturiertes Gefüge von Bildungsangeboten vorliege. Stattdessen sei das Übergangssystem aber eher ein wuchernder „Maßnahmenschunzel“, den niemand überblicke und in dem eine Vielzahl von Akteuren – allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Schulverwaltungen, Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung, Jugendämter, kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungen, Wirtschaftsverbände, Kammern, Einzelbetriebe, Gewerkschaften, Stiftungen – häufig unkoordiniert tätig sei (vgl. zur Herausforderung der Netzwerkbildung im Übergangssystem BYLINSKI 2008). Zweitens würden die Maßnahmen und Bildungsgänge oftmals nicht dem im nationalen Bildungsbericht formulierten Anspruch – die Verbesserung der Übergangschancen der Teilnehmer – gerecht. Stattdessen durchliefen die Jugendlichen demotivierende Warteschleifen und Maßnahmenkarrieren, wodurch Ressourcen innerhalb des Bildungssystems verschwendet würden.

Dass das Übergangssystem erhebliche Kosten verursacht, ist belegbar (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2008). Dass diese Investitionen nicht zweckmäßig sind, lässt sich empirisch jedoch zumindest nicht pauschal belegen. Denn die BIBB-Übergangsstudie 2006 zeigt, dass die unterschiedlichen Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangssystem auch unterschiedliche Effekte darauf haben, wann die Teilnehmer in vollqualifizierende Berufsausbildungen einmünden (vgl. BEICHT 2009, S. 10). Hierbei konnten, bezogen auf die weiteren Bildungsverläufe der Teilnehmer⁶ nach Beendigung ihrer (ersten) Übergangsmaßnahme, drei unterschiedliche Typen identifiziert werden: Die Hälfte (47 %) der Jugendlichen begann in der Regel rasch nach dem Ende der Maßnahme mit einer betrieblichen Berufsausbildung, ein Viertel (23 %) mündete bald in eine außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildung ein und ein Drittel (31 %) fand in den ersten zwei Jahren nach der Übergangsmaßnahme keine vollqualifizierende Berufsausbildung oder brach diese nach kurzer Zeit wieder ab (vgl. ebd., S. 12). Somit sind die Angebote des Übergangssystems keineswegs immer Sackgassen für die Teilnehmer. Auch, dass viele Jugendliche insbesondere in den Bildungsgängen der teilqualifizierenden Berufsfachschulen höherwertige Schulabschlüsse erwerben, die ihnen neue Bildungsoptionen eröffnen, ist als positiver Effekt des Übergangssystems zu werten (vgl. ebd., S. 9).

Ausgehend von den somit mehr oder weniger empirisch belegbaren Kritikpunkten sind in den vergangenen Jahren viele Programme und Initiativen zur Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt entstanden. Um die Vielfalt dieser Aktivitäten und beteiligten Akteure zu veranschaulichen, wird im **Anhang** eine *kleine Auswahl* hieraus dargestellt.⁷ Die Initiativen und Programme werden vor allem von öffentlichen Akteuren (Bundesministerien, Länderministerien, BA,

⁶ Da die Angebote des Übergangssystems vor allem von nichtstudienberechtigten Jugendlichen genutzt werden, gingen in die Analyse nur Personen ein, die die allgemeinbildende Schule ohne Studienberechtigung verlassen hatten.

⁷ Die Gliederung erfolgt nach der regionalen Ebene, auf der die Koordinierung der jeweiligen Aktivität erfolgt. Die in der Übersicht verwendeten Begrifflichkeiten orientieren sich an den jeweiligen Internetauftritten der Programme und Initiativen. Es ist zu betonen, dass die vorgenommene Aufstellung keineswegs vollständig ist. So identifizierten z. B. DOBISCHAT u. a. (vgl. 2010, S. 16-41) allein auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen 18 öffentlich geförderte Programme, die einen Beitrag zur Systematisierung des Übergangsgeschehens und zur Verbesserung der Einmündungschancen von benachteiligten Jugendlichen leisten wollen. Wenn man alle Programme, Modellversuche und Regelleistungen des Bundes, aller Länder, der BA, der Europäischen Union und weiterer Akteure zur Förderung benachteiligter Jugendlicher, zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze sowie zur Weiterentwicklung der Strukturen des Berufsbildungssystems in die Betrachtung einbeziehen würde, würde die Vielfalt nochmals deutlich steigen (vgl. HEISTER 2010, BMBF 2009).

Landkreise, Kommunen) finanziert und koordiniert, wobei verschiedentlich auch der Europäische Sozialfonds (ESF) und Stiftungen beteiligt sind. Das übergeordnete Ziel „Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt“ wird teilweise sehr umfassend angestrebt, teilweise aber auch auf kleinere Teilziele heruntergebrochen. Die vielfältigen Mittel, die zur Erreichung der Ziele vorgeschlagen oder bereits erprobt werden, lassen sich grob den folgenden fünf Handlungsfeldern zuordnen, wobei die Programme und Initiativen sich häufig auf mehrere der Felder beziehen:

- **Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung:** Viele der Programme und Initiativen wollen die Übergangsprozesse verbessern, indem die Schüler bereits in den allgemeinbildenden Schulen intensiver auf ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg vorbereitet werden. Durch gezielte Berufsorientierung (z. B. durch Potenzialanalysen und betreute und nachbereitete Berufspraktika) und individuelle Berufswegeplanung sollen die Jugendlichen ein Bewusstsein für ihre Interessen, Stärken und Möglichkeiten gewinnen und in die Lage versetzt werden, den für sie passenden Bildungs- und Berufsweg einzuschlagen. Leistungsschwächere Jugendliche sollen durch pädagogisch qualifizierte Berufseinstiegsbegleiter bei ihrem Berufsfindungsprozess bis in die Berufsausbildung hinein kontinuierlich begleitet werden. Solche Berufseinstiegsbegleiter werden seit 2009 durch die BA finanziert (nach SGB III, § 421s). Zusätzliche Berufseinstiegsbegleiter werden seit Ende 2010 über die Bildungsketten-Initiative des BMBF gefördert (vgl. BMBF 2010a), wobei auch hier die BA für die Durchführung verantwortlich ist (vgl. BUNDESREGIERUNG/BA 2010). Zur Bildungsketten-Initiative des BMBF gehört auch das durch das BIBB durchgeführte Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“, in dessen Rahmen Maßnahmen der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten und vorgelagerte Potenzialanalysen gefördert werden (vgl. BMBF 2010b).
- **Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens:** In fast jeder der aufgeführten Aktivitäten wird bemängelt, dass zwar viele Akteure im Übergangsgeschehen tätig, deren Kooperation jedoch ungenügend sei. Abhilfe soll eine Vernetzung der Akteure auf regionaler Ebene schaffen, wie sie insbesondere mit der BMBF-Förderinitiative „Regionales Übergangsmangement“ angestrebt wird: „Mit einer Koordinierungsstelle ‚Regionales Übergangsmangement‘ soll auf der Ebene der kommunalen Verwaltungen eine Einrichtung etabliert werden, die alle regionalen Akteure an einen Tisch bringt. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen sollen der tatsächliche Bedarf an Hilfsangeboten ermittelt und Qualität und Quantität der vorhandenen Angebote definiert werden. Lücken im Angebot müssen erkannt und durch die Bereitstellung oder Akquise von Mitteln geschlossen werden. Auf dieser Basis kann jeder Akteur die erforderlichen Angebote gezielt und effektiv unterbreiten sowie den Einsatz der eigenen Ressourcen planen und optimieren“ (PT-DLR 2008, S. 4). Unter dem Begriff der „Kommunalen Koordinierung“ fordert auch die Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ – ein Zusammenschluss von Städten, Landkreisen und Berufsbildungsfachleuten – eine stärkere Abstimmung des Übergangsgeschehens in kommunaler Verantwortung. Hierbei wird betont, dass sich die Bemühungen auf alle Jugendlichen richten sollen und nicht nur auf solche mit schwierigen Startbedingungen (vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE 2007). Ein konzertiertes Vorgehen auf Ebene der Länder hat sich die Initiative „Übergänge mit System“ der Bertelsmann Stiftung zum Ziel gesetzt, bei der neun Ministerien im Dialog mit der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam an einem Rahmenkonzept für die künftige Übergangsgestaltung arbeiten (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010b).

- **Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen:** Wenn der Übergang in eine betriebliche Ausbildung trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche nicht gelingt, sollen Jugendliche nicht in Warteschleifen geleitet werden, sondern möglichst schnell mit vollqualifizierenden Berufsausbildungen nach BBiG/HwO oder Landesrecht beginnen, die ersatzweise außerbetrieblich oder schulisch durchgeführt werden. Dieser Ansatz zur Verbesserung des Übergangssystems wird im sogenannten „Hamburger Ausbildungsmodell“ genutzt (vgl. BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG, HAMBURG 2009). Aufgegriffen wird diese Forderung nach klaren Regeln für die Einmündung in subsidiäre Berufsausbildung auch in den Eckpunkten der Initiative „Übergänge mit System“ der Bertelsmann Stiftung (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010b).
- **Veränderung der Angebote des Übergangssystems:** Verschiedene Programme und Initiativen zielen darauf ab, Bildungsangebote im heutigen Übergangssystem so weiterzuentwickeln, dass sie die Jugendlichen schneller und effektiver an eine vollqualifizierende Berufsausbildung heranführen. Hierunter fällt z. B. das Pilotprojekt „3. Weg in die Berufsausbildung“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS), für das 13 nach BBiG/HwO anerkannte Ausbildungsberufe in Ausbildungsbausteine zerlegt wurden. Diese können teilweise oder – sofern ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung möglichst mit Anrechnung der bisher absolvierten Bausteine nicht gelingt – vollständig bei beruflichen Bildungsträgern erlernt werden. Durch die Teilnahme an der Zwischen- und Abschlussprüfung der zuständigen Stelle kann ein vollwertiger Ausbildungsabschluss erlangt werden. „Das Pilotprojekt führt damit Berufsvorbereitung und Berufsausbildung in einem Angebot zusammen und schafft somit eine innovative, bislang nicht erprobte Lernform der beruflichen Qualifizierung“ (BECKER u. a. 2010, S. 2). Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) dringt in seinem Positionspapier „Weniger ist Mehr – Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf“ darauf, Maßnahmen zur Berufsvorbereitung so auszugestalten, „dass sie ausbildungsrelevante Kompetenzen vermitteln, die dann auch auf die nachfolgende Berufsausbildung angerechnet werden können“ (DGB-Bundesvorstand 2010, S. 5). Eine Modularisierung wird von Gewerkschaftsseite freilich nicht gefordert.
- **Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung:** Im letzten Handlungsfeld werden durch die Programme und Initiativen Maßnahmen vorgeschlagen und erprobt, durch die die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben erhalten und gefördert werden soll. So werden im Ausbildungsstrukturprogramm „JOBSTARTER“ des BMBF regionale Projekte gefördert, die z. B. Ausbildungsverbünde anregen und begleiten. „JOBSTARTER-Teams können [aber auch] von Unternehmen als ‚externes Ausbildungsmanagement‘ genutzt werden. Die ‚guten Geister‘ von außerhalb des Betriebs entlasten mit ihrer kostenlosen Unterstützung die Unternehmensleitung, denn sie helfen Betrieben bei der Organisation und Durchführung der Ausbildung“ (PROGRAMMSTELLE BEIM BIBB FÜR DAS PROGRAMM JOBSTARTER DES BMBF 2009, S. 9).

Schon die hier nur grob vorgenommene Skizzierung ausgewählter Programme und Initiativen zur Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt verdeutlicht die Vielfalt und Komplexität der Instrumente, die die unterschiedlichen Akteure als Lösungen für die Übergangsproblematik vorschlagen und erproben.

2.3 Methodisches Vorgehen bei der Befragung der Experten und Jugendlichen

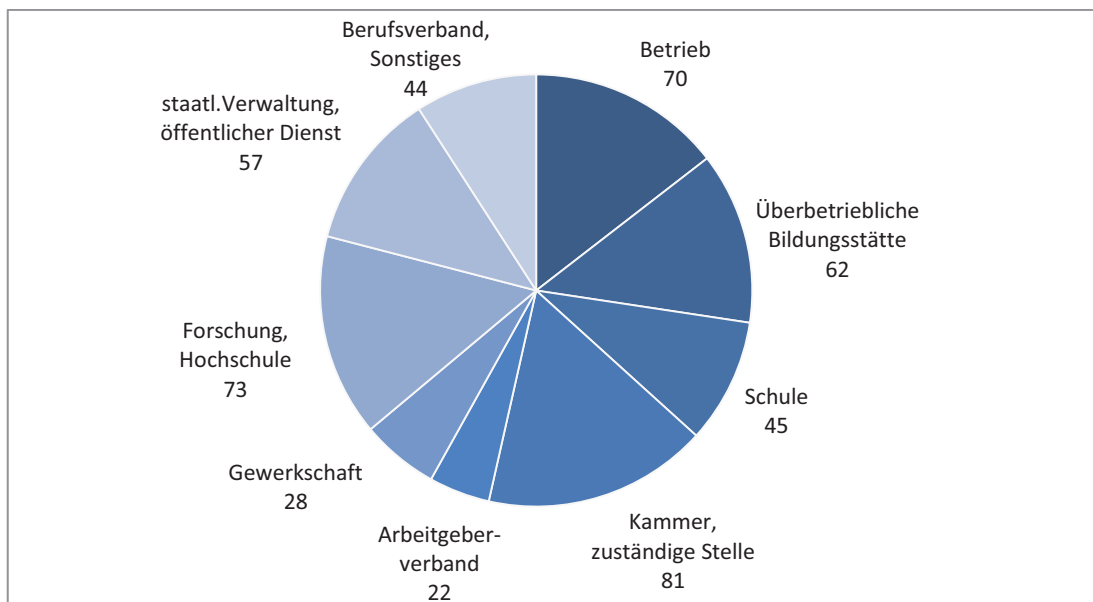
Um einen Beitrag zur Systematisierung der schwer zu überblickenden Diskussionslage zur Reform des Übergangsgeschehens zu leisten, hat das BIBB in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung im Herbst 2010 eine Befragung unter Berufsbildungsexperten und Jugendlichen durchgeführt.

Zielgruppe und Ablauf der Expertenbefragung

Bei den Berufsbildungsfachleuten handelte es sich um die Mitglieder des BIBB-Expertenmonitors Berufliche Bildung. Dies ist ein Online-Befragungssystem des BIBB, das einen Kreis von Fachleuten unterschiedlicher institutioneller Herkunft umfasst, der in unregelmäßigen Abständen zu Themen der beruflichen Aus- und Weiterbildung befragt wird. Die Zusammensetzung des Expertenkreises berücksichtigt das gesamte Spektrum der in unterschiedlichen Kontexten mit Aspekten der beruflichen Bildung befassten Akteure, bildet dieses jedoch nicht repräsentativ ab. Die beteiligten Experten können somit zwar als stellvertretend, nicht jedoch als repräsentativ für bestimmte Akteursgruppen angesehen werden. Über die Internetseite www.expertenmonitor.de können sich interessierte Fachleute für die Aufnahme in den Expertenmonitor bewerben. Sie werden aufgenommen, sofern klar ersichtlich ist, dass sie professionell im Bereich der Aus- und Weiterbildung tätig sind, indem sie sich praktisch, politisch oder forschungsbezogen mit Fragen der Aus- und/oder Weiterbildung beschäftigen.

Die Expertenmonitor-Befragung fand als Onlinebefragung von Mitte Oktober bis Mitte November 2010 statt. Von den insgesamt 1.156 kontaktierten Experten nahmen 482 an der Befragung teil (auswertbare Fälle), was einer Rücklaufquote von 42 % entspricht. In **Übersicht 4** wird die institutionelle Herkunft der Experten dargestellt.

Übersicht 4: Anzahl der befragten Experten nach ihrer institutionellen Herkunft



Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Zielgruppe und Ablauf der Jugendlichenbefragung

Die Gruppe, die von einer Reform des Übergangssystems unmittelbar betroffen ist, bilden allerdings nicht die Experten, sondern die Jugendlichen selbst. Um auch deren Sichtweise zu berücksichtigen, wurden im September 2010 in Nordrhein-Westfalen an insgesamt 7 Berufsschul- bzw. Bildungsträgerstandorten Klassenzimmerbefragungen mit insgesamt 316 Jugendlichen (auswertbare Fälle) durchgeführt. Die Jugendlichen befanden sich im ersten Jahr ihrer Berufsausbildung in einem nach BBiG/HwO anerkannten Ausbildungsberuf (53,5 %), besuchten ein Angebot im Übergangssystem (37,3 %) oder konnten ihren Verbleib nicht eindeutig zuordnen (9,2 %). Um die Befragung adressatengerecht zu gestalten, wurde der Fragebogen im Vergleich zu demjenigen der Experten sprachlich vereinfacht und gekürzt.⁸ Während des Ausfüllens in den Klassenräumen war ein Ansprechpartner der Projektgruppe anwesend, sodass bei Unklarheiten Fragen gestellt werden konnten.

Auswahl der zu bewertenden Reformvorschläge

Den Fachleuten aus dem Bereich der beruflichen Bildung und den Jugendlichen wurden 18 Vorschläge zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung vorgelegt, die die Autorengruppe des BIBB und der Bertelsmann Stiftung größtenteils aus bereits existierenden Programmen und Initiativen abgeleitet hatte. Um eine eindeutige Stellungnahme zu ermöglichen, wurden die vielschichtigen Programme und Initiativen nicht insgesamt zur Bewertung vorgelegt. Stattdessen wurde versucht, Kernideen zu identifizieren, die zum Teil auch in mehreren Programmen und Initiativen herausgestellt werden (z. B. Intensivierung der Berufsorientierung). Diese Kernideen, die sich teilweise ähneln, teilweise aber auch widersprüchlich sind, wurden dann möglichst kurz und prägnant als Reformvorschläge formuliert.

Neben den aus den Programmen und Initiativen abgeleiteten Reformvorschlägen wurden einige Vorschläge in die Befragung aufgenommen, die in Anbetracht von Erkenntnissen der Berufsbildungsforschung gefordert werden könnten. So herrscht in der Forschung z. B. Einigkeit darüber, dass bezüglich der Bildungswege und Übergangsprozesse im deutschen Bildungswesen erhebliche Forschungslücken bestehen. Daher werden mit dem Nationalen Bildungspanel (vgl. BLOSSFELD 2010), der Integrierten Ausbildungsberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und des BIBB (vgl. BAMMING/SCHIER 2010) sowie der im Jahr 2011 stattfindenden zweiten BIBB-Übergangsstudie Mittel für die präzisere Erfassung von Bildungsprozessen investiert. Doch für wie wünschenswert erachten unterschiedliche Akteursgruppen ein intensiveres Bildungsmonitoring? Um dies zu ermitteln, wurde ihnen ein entsprechender Vorschlag zur Bewertung vorgelegt.

Ein weiteres Forschungsergebnis, aus dem heraus Reformvorschläge formuliert wurden, betrifft den Einfluss des Migrationshintergrundes auf die Chancen bei der Ausbildungsplatzsuche. Selbst unter Kontrolle der schulischen Voraussetzungen sind die Einmündungschancen von Schulabgängern mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung geringer als die der jeweiligen Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (vgl. GRANATO u. a. 2010, BEICHT/GRANATO 2010). Eine Ursache hierfür könnte sein, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei den betrieblichen Auswahlverfahren für

⁸ Die Frage danach, welche fördernde bzw. hemmende Wirkung bestimmte Faktoren auf die Umsetzung der Vorschläge zur Verbesserung des Übergangssystems haben könnten, wurde gestrichen. Ein Pretest hatte ergeben, dass sich sehr viele Jugendliche nicht in der Lage sahen, dies zu bewerten.

Ausbildungsplätze benachteiligt werden. Abhilfe könnten hier anonymisierte Bewerbungsverfahren schaffen, wie sie gerade in einem Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit fünf Unternehmen und dem Bundesfamilienministerium erprobt werden (vgl. ADS 2010). Alternativ könnte auch eine Verpflichtung der Betriebe angestrebt werden, einen bestimmten Anteil ihrer Ausbildungsplätze an Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben. Beide Vorschläge – anonymisierte Bewerbungsverfahren und eine Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – wurden in die Befragung aufgenommen.

Fragen zu den Reformvorschlägen

Bezogen auf jeden Vorschlag wurden den Fachleuten drei Fragen gestellt:

- Für wie wünschenswert halten Sie persönlich die Umsetzung des Vorschlags? (Bewertung auf einer fünfstufigen Skala von -2 = „gar nicht“ bis +2 = „sehr“)
- Wie wahrscheinlich ist es, dass dieser Vorschlag bis zum Jahr 2015 umgesetzt sein wird? (Bewertung auf einer fünfstufigen Skala von -2 = „gar nicht“ bis +2 = „sehr“)
- Welche Faktoren werden eine Umsetzung des Vorschlags bis zum Jahr 2015 eher fördern oder hemmen? (Bewertung verschiedener Faktoren (siehe **Übersicht 12**) auf einer fünfstufigen Skala von -2 = „stark hemmend“ bis +2 = „stark fördernd“)

Neben den 18 Reformvorschlägen bewerteten die Experten und Jugendlichen auch allgemeine Statements zu den Themenfeldern „Übergang Schule-Berufsausbildung“ und „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“. Im vorliegenden Bericht wird schwerpunktmäßig auf die Bewertung der Reformvorschläge eingegangen. Die übrigen Fragen werden im Rahmen weiterer Publikationen ausführlich behandelt werden.

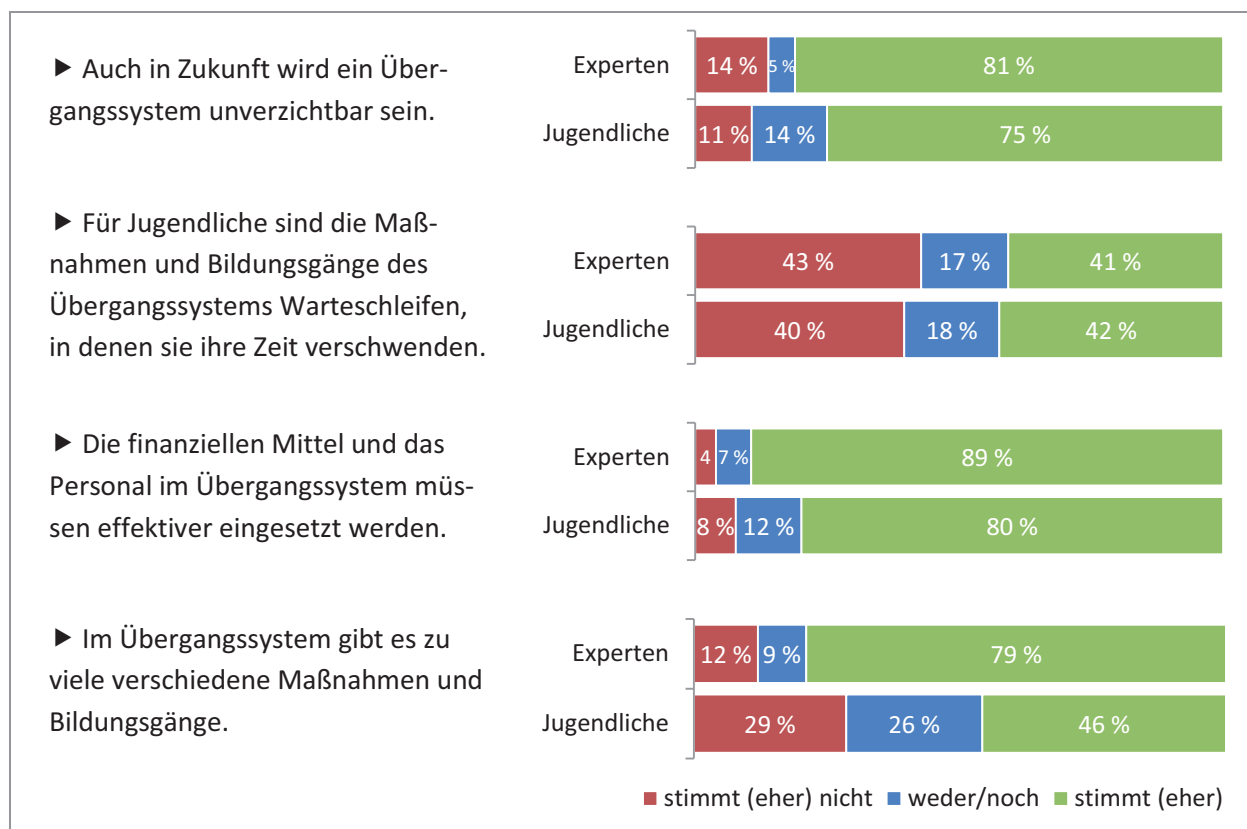
3 Ergebnisse der Studie

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Experten- und Jugendlichenbefragung vorgestellt, wobei zunächst auf übergreifende Einschätzungen beider Gruppen zum Übergangssystem eingegangen wird. Anschließend wird dargestellt, wie die 18 Reformvorschläge bewertet wurden. Hierbei erfolgt die Gliederung der Vorschläge nach den fünf Handlungsfeldern, die in Kapitel 1.4 eingeführt wurden. Abschließend werden alle Reformvorschläge im Zusammenhang analysiert.

3.1 Allgemeine Einschätzungen zum Übergangssystem

Ganz überwiegende Teile der Experten (81 %) und Jugendlichen (75 %) stimmen der Aussage zu, dass auch in Zukunft ein Übergangssystem im deutschen Bildungssystem unverzichtbar sein wird (vgl. **Übersicht 5**). Inwiefern die Angebote im *aktuellen* Übergangssystem ihren Teilnehmern wirklich helfen, wird allerdings ambivalent beurteilt. Viele Experten und Jugendliche (43 % bzw. 40 %) schätzen die Maßnahmen und Bildungsgänge als Warteschleifen ein, in denen Jugendliche ihre Zeit verschwenden. Doch es gibt ungefähr genauso viele unter ihnen (41 % bzw. 42 %), die davon ausgehen, dass im Übergangssystem nicht nur „gewartet“ wird, sondern dass dort auch sinnvolle Qualifizierungen erfolgen. Die Jugendlichen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung selber im Übergangssystem befanden, nehmen eine noch etwas positivere Einschätzung vor: Lediglich 37 % von ihnen bewerten die Übergangsmaßnahmen und -bildungsgänge als Warteschleifen.

Übersicht 5: Einschätzungen der Experten und Jugendlichen zum Übergangssystem



Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Dieser Befund deckt sich mit einem Ergebnis der BIBB-Übergangsstudie. Auch hier bewerteten viele Teilnehmer an Übergangsmaßnahmen diese positiv, was angesichts des schlechten Rufs des Übergangssystems überrascht (vgl. BEICHT 2009, S. 8). Bei der Interpretation der Aussagen ist allerdings zu berücksichtigen, dass „viele Jugendliche das Bedürfnis haben, ihre eigenen berufsbiographischen Erfahrungen möglichst positiv zu deuten“ (ULRICH 2008, S. 14), um ihre Bildungsentscheidungen und -wege zu rechtfertigen (vgl. zur Bedeutung retrospektiver Nutzenurteile von Teilnehmern an Bildungsgängen auch BEICHT/ULRICH 2010).

Aus der nicht grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber dem Übergangssystem folgt jedoch keineswegs, dass das System aus Sicht der Befragten in seiner heutigen Form beibehalten werden sollte. Denn fast alle Experten (89 %) und auch ein ganz erheblicher Teil der Jugendlichen (80 %) finden, dass der Einsatz von finanziellen Mitteln und Personal im Übergangssystem nicht effektiv genug sei. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die starke Ausdifferenzierung des Übergangssystems: 79 % der Experten sind der Meinung, dass es dort zu viele Maßnahmen und Bildungsgänge gebe. Diese Einschätzung teilen die Jugendlichen allerdings nicht vollständig. Denn fast jeder Dritte von ihnen (29 %) ist mit der Vielfalt der Angebote im Übergangssystem einverstanden.

Im Überblick sind somit sowohl die Experten als auch die Jugendlichen davon überzeugt, dass es auch in Zukunft ein Übergangssystem geben sollte, dieses aber effektiver und übersichtlicher gestaltet werden müsse. Vor diesem Hintergrund wird nun den Fragen nachgegangen, für wie wünschenswert und realisierbar die Befragten ausgewählte Vorschläge zur Reform des Übergangssystems und des Übergangsgeschehens insgesamt einschätzen.

3.2 Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“

In **Übersicht 6** wird dargestellt, wie die Vorschläge zum Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“ bewertet wurden. Einerseits wird wiedergegeben, für wie wünschenswert die Befragten eine Umsetzung der Vorschläge halten (= Zustimmung), andererseits, für wie wahrscheinlich sie deren Realisierung bis 2015 erachten. Ausgewiesen werden jeweils die Anteile der Befragten, die die Vorschläge als „eher wünschenswert“ oder „sehr wünschenswert“ bzw. als „eher umsetzbar“ oder „sehr wahrscheinlich umsetzbar“ bewertet haben. Bezogen auf die Experten wird der Grad der Zustimmung auch differenziert nach der jeweiligen institutionellen Herkunft angegeben. Um einen Vergleichsmaßstab für die Beurteilung der einzelnen Vorschläge zu erhalten, werden in der obersten Ergebniszeile der Übersicht jeweils die Durchschnittswerte über alle 18 Vorschläge hinweg genannt. Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder wurden die Vorschläge nach dem Grad der Zustimmung aus Sicht der Experten sortiert.⁹

⁹ Die Gliederung nach den fünf Handlungsfeldern wurde für die Analyse vorgenommen. Im Fragebogen wurden die Vorschläge in zufälliger Reihenfolge aufgeführt. Die Prozentangaben in den Übersichten 6 bis 10 beziehen sich immer nur auf diejenigen Personen, die sich in der Lage sahen, die jeweiligen Vorschläge zu beurteilen. D. h. alle Personen, die bei einem Vorschlag „weiß nicht“ angekreuzt oder ihn gar nicht bewertet haben, werden bei der Bewertung dieses Vorschlags nicht berücksichtigt. Eine Analyse des Antwortverhaltens der Experten und Jugendlichen ergab, dass die Experten eher in der Lage waren, die Vorschläge zu bewerten. Hierbei fiel es ihnen leichter, ihre „Zustimmung“ einzuschätzen (durchschnittlich nur 1 % fehlende Bewertungen), während bei der „Realisierungschance“ deutlich mehr Experten kein Urteil abgaben (durchschnittlich 5 % fehlende Bewertungen). Auch die Jugendlichen sahen sich eher bei der Einschätzung der Realisierungschancen überfordert (im Durchschnitt 12 % fehlende Bewertungen bei der „Zustimmung“ und 20 % bei der „Realisierungschance“).

Aus Perspektive der Experten sind beide Vorschläge im Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“ stark wünschenswert. Vor allem der Ansatz, Jugendliche, deren Übergang gefährdet sein könnte, frühzeitig zu identifizieren und ihren Übergang kontinuierlich zu begleiten (z. B. durch Berufseinstiegsbegleiter oder auch andere Mentoren), wird von fast allen Fachleuten (92 %) als wünschenswert eingeschätzt. Die Experten aus den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften stimmen hier noch stärker zu (jeweils 96 %), während diejenigen aus Betrieben etwas verhaltener zustimmen (84 %). Auch der zweite Vorschlag, die Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen als Pflichtfach einzurichten, findet breiten Zuspruch, wobei Experten aus der Forschung und der staatlichen Verwaltung hierbei etwas zurückhaltender sind.

Was die Realisierungsmöglichkeit beider Vorschläge anbelangt, sind die Experten deutlich unsicherer: So gehen nur 39 % bzw. 37 % davon aus, dass eine Umsetzung der Vorschläge bis 2015 möglich wäre. Bei der Vorstellung der anderen Handlungsfelder wird sich allerdings zeigen, dass die Realisierungschancen der Vorschläge in allen Fällen deutlich hinter ihren Zustimmungsquoten zurückbleiben. Im Vergleich werden die Umsetzungschancen der beiden Vorschläge im Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“ somit sogar als überdurchschnittlich hoch eingeschätzt.

Übersicht 6: Bewertung der Vorschläge im Handlungsfeld „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“ (Anteile der Befragten in Prozent, die die Vorschläge als „eher/sehr wünschenswert“ (= Zustimmung) bzw. als „eher/sehr wahrscheinlich bis 2015 umsetzbar“ (= Realisierung) einschätzen)

	Experten		Jugendliche		Anteil der Zustimmung der Experten nach Herkunft								
	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Betrieb	überbetriebliche Bildungsstätte	Schule	Kammer, zuständige Stelle	Arbeitgeberverband	Gewerkschaften	Forschung, Hochschule	staatliche Verwaltung, öffentlicher Dienst	Sonstige
Durchschnitt über alle 18 Vorschläge	64	27	68	38	58	66	67	59	55	70	70	65	70
Bei Jugendlichen aus Hauptschulen oder vergleichbaren Schulformen wird in Klasse 7 überprüft, inwiefern mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Ausbildung zu rechnen ist. Gefährdete Jugendliche erhalten eine individuelle Übergangsbegleitung von der Schule bis zur sicheren Einmündung in die Ausbildung. Zu diesem Zweck wird ihnen spätestens im letzten Schulbesuchsjahr ein fester Ansprechpartner zur Seite gestellt.	92	39	83	40	84	94	93	91	96	96	92	95	93
Das Fach „Berufsorientierung“ ist in allen allgemeinbildenden Schulen ein Pflichtfach, das von allen Schülern über mehrere Jahre besucht wird.	84	37	74	46	81	95	84	91	86	89	77	70	84

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Auch die Jugendlichen bewerten die Vorschläge als überdurchschnittlich wünschenswert, wobei sie allerdings etwas hinter den Experten zurückbleiben. Bei der Realisierbarkeit gehen sie (leicht) stärker als die Experten davon aus, dass sich die Vorschläge umsetzen ließen. Ein Blick auf die durchschnittliche Bewertung der Jugendlichen bei allen 18 Vorschlägen zeigt, dass die Jugendlichen die Umsetzungschancen der Vorschläge insgesamt höher einschätzen.

3.3 Handlungsfeld „Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens“

Die Zustimmung zu den beiden Vorschlägen dieses Handlungsfeldes fällt im Vergleich zum ersten Handlungsfeld geringer aus. Dies trifft auch auf die Wahrscheinlichkeit zu, die Vorschläge bis 2015 tatsächlich umzusetzen (vgl. [Übersicht 7](#)).

Mit insgesamt 69 % Zustimmung unterstützen die Experten den Ansatz, die Übergangsprozesse in kommunaler Verantwortung zu koordinieren – also die Kernidee des Regionalen Übergangsmanagements – leicht überdurchschnittlich. Innerhalb der Experten sind die Gewerkschaften, die Schulen und die Forschungseinrichtungen die stärksten Fürsprecher für diesen Ansatz. Am kritischsten zeigen sich diesbezüglich die Betriebsvertreter. Nur jeder Zweite von ihnen (52 %) findet die Umsetzung dieses Vorschlags wünschenswert. Dies ist sicherlich ein kritischer Aspekt, da es ein Ziel des Regionalen Übergangsmanagements ist, *alle* Akteure und somit auch die Betriebe intensiv einzubinden.

Übersicht 7: Bewertung der Vorschläge im Handlungsfeld „Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens“ (Anteile der Befragten in Prozent, die die Vorschläge als „eher/sehr wünschenswert“ (= Zustimmung) bzw. als „eher/sehr wahrscheinlich bis 2015 umsetzbar“ (= Realisierung) einschätzen)

	Experten		Jugendliche		Anteil der Zustimmung der Experten nach Herkunft								
	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Betrieb	überbetriebliche Bildungsstätte	Schule	Kammer, zuständige Stelle	Arbeitgeberverband	Gewerkschaften	Forschung, Hochschule	staatliche Verwaltung, öffentlicher Dienst	Sonstige
Durchschnitt über alle 18 Vorschläge	64	27	68	38	58	66	67	59	55	70	70	65	70
In jeder Region wird der „Übergang von der Schule in den Beruf“ von einer Stelle koordiniert, die in kommunaler Trägerschaft liegt. Sie bündelt die Aktivitäten der zuständigen Akteure vor Ort mit dem Ziel, jedem Jugendlichen eine passgenaue Vermittlung und Begleitung in Ausbildung und Beschäftigung zu sichern.	69	30	78	38	52	68	78	58	62	85	82	66	84
Um Transparenz im Übergangsgeschehen sicherzustellen, werden die individuellen Verlaufswege der Jugendlichen ab der allgemeinbildenden Schule statistisch dokumentiert. Aus der so entstehenden amtlichen Statistik geht somit hervor, welche Wege die Jugendlichen von der Schule in die Arbeitswelt gehen.	60	27	59	40	53	53	44	65	68	63	75	63	49

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Die Verstärkung des Monitorings von Bildungswegen – hier in einer Extremform als „amtliche Statistik“ vorgeschlagen – wird von einer knappen Mehrheit der Experten als wünschenswert erachtet. Positiver wird dieser Vorschlag erwartungsgemäß von den Forschungseinrichtungen beurteilt, die über eine solche Statistik hervorragendes Forschungsmaterial erhielten. Am kritischsten bewerten die Fachleute aus den Schulen den Ansatz des umfassenden Monitorings. Möglicherweise hegen sie seltener die Hoffnung, dass durch eine differenziertere Dokumentation der Verläufe auch deren Verbesserung erreicht werden kann.

Auch die Jugendlichen finden die regionale Koordination der Übergangsprozesse wichtiger als deren statistische Erfassung. Gegenüber den Experten bewerten sie den Grundgedanken des Regionalen Übergangsmanagements deutlich positiver, was angesichts des Versprechens, dass hierüber jeder Jugendliche eine passgenaue Vermittlung erhält, nicht überrascht.

3.4 Handlungsfeld „Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen“

Inwiefern die in diesem Handlungsfeld enthaltenen Vorschläge wünschenswert sind, bewerten die Experten in Abhängigkeit von ihrer institutionellen Herkunft äußerst unterschiedlich (vgl. **Übersicht 8**). Fielen die Zustimmungsqoten z. B. zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften bei den ersten beiden Handlungsfeldern noch relativ homogen aus, so gehen die Meinungen dieser beiden Interessengruppen bezüglich der Zugangsregeln in vollqualifizierende Berufsausbildungen sehr stark auseinander. Auch zwischen den anderen Expertengruppen variieren die Zustimmungsqoten deutlicher. Lediglich bezüglich des Vorschlages, ein einheitliches und standardisiertes Messverfahren für die Feststellung der Ausbildungsreife zu entwickeln, fallen die Einschätzungen der Gruppen ähnlich aus. Somit gibt es in jeder der Expertengruppen Personen, die sich wünschen, dass das Merkmal „Ausbildungsreife“ greifbarer wird, da es bei den Zugangsregeln in vollqualifizierende Berufsausbildungen häufig eine wichtige Rolle spielt.

Am stärksten stimmen die Experten innerhalb dieses Handlungsfeldes den beiden Vorschlägen zu, deren Umsetzung eine Abschaffung vieler Angebote des Übergangssystems bedingen würde. Die höchste Zustimmung (58 %) erfährt nämlich der Vorschlag, ausbildungsinteressierte, aber noch nicht ausbildungsreife Schulabgänger nicht erst Bildungsgänge im Übergangssystem durchlaufen zu lassen, sondern sie direkt in spezielle vollqualifizierende Berufsausbildungen aufzunehmen. Durch längere Ausbildungszeiten und stärkere Betreuung sollen diese auch von leistungsschwächeren Jugendlichen bewältigt werden können – ein Vorschlag, der eine Kernidee des NRW-Pilotprojekts „3. Weg in der Berufsausbildung“ aufgreift (vgl. **Anhang**). Ähnlichen Zuspruch (55 %) erhält der Ansatz, ausbildungsreifen und -interessierten Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung in einer Schule oder außerbetrieblichen Einrichtung einzuräumen. Bei den wirtschaftsnahen Experten aus Arbeitgeberverbänden, Kammern und Betrieben fällt die Zustimmung zu diesen beiden Vorschlägen am geringsten aus, während die Gewerkschaften und die Forschungseinrichtungen mit am stärksten zustimmen. Auch die überbetrieblichen Bildungsstätten bewerten die beiden Vorschläge vergleichsweise positiv – vielleicht auch deshalb, weil sich durch deren Umsetzung neue Tätigkeitsfelder für die Bildungseinrichtungen ergeben würden. Über alle Expertengruppen hinweg gehen aber nur sehr wenige Fachleute (9 % bzw. 17 %) davon aus, dass die beiden Ansätze bis 2015 tatsächlich umgesetzt werden.

Übersicht 8: Bewertung der Vorschläge im Handlungsfeld „Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen“ (Anteile der Befragten in Prozent, die die Vorschläge als „eher/sehr wünschenswert“ (= Zustimmung) bzw. als „eher/sehr wahrscheinlich bis 2015 umsetzbar“ (= Realisierung) einschätzen)

	Experten		Jugendliche		Anteil der Zustimmung der Experten nach Herkunft								
	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Betrieb	überbetriebliche Bildungsstätte	Schule	Kammer, zuständige Stelle	Arbeitgeberverband	Gewerkschaften	Forschung, Hochschule	staatliche Verwaltung, öffentlicher Dienst	Sonstige
Durchschnitt über alle 18 Vorschläge	64	27	68	38	58	66	67	59	55	70	70	65	70
Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nicht ausbildungsreif sind, absolvieren nicht erst Maßnahmen oder Bildungsgänge im Übergangssystem. Sie erhalten stattdessen direkt einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz. Durch längere Ausbildungszeiten oder stärkere personelle Betreuung wird gewährleistet, dass sie die Ausbildung erfolgreich absolvieren können.	58	9	54	27	50	66	49	36	24	85	79	61	68
Jeder ausbildungsreife und ausbildungsinteressierte Jugendliche, der keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, hat einen Rechtsanspruch auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz in einer Schule oder einer außerbetrieblichen Einrichtung.	55	17	73	36	48	73	64	34	10	63	73	53	62
Jedem Jugendlichen, der die Schule mindestens mit einem Hauptschulabschluss verlässt, wird automatisch die Ausbildungsreife zuerkannt. Damit sind die Agenturen für Arbeit bzw. ARGEN dazu verpflichtet, alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen mit mindestens einem Hauptschulabschluss bei der Ausbildungsplatzsuche zu unterstützen.	54	25	74	26	49	57	57	34	27	78	65	54	68
Für die Feststellung der Ausbildungsreife gibt es ein einheitliches und standardisiertes Messverfahren.	51	26	59	42	51	50	43	68	41	52	41	42	59
Größere Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, eingehende Bewerbungen um Ausbildungsplätze zu anonymisieren. Es wird somit ausgeschlossen, dass Bewerber, z. B. mit Migrationshintergrund, bei der Auswahl für Vorstellungsgespräche aufgrund ihrer Herkunft ausgegrenzt werden.	35	24	61	38	21	31	36	20	11	54	47	47	49
Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Ausbildungsplätze an in Deutschland lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben.	21	14	42	30	11	26	33	10	5	36	30	14	28

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Die geringste Zustimmung erhalten in diesem Handlungsfeld die Vorschläge, die vor allem die Chancen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungsplatzsuche verbessern sollen. Vor allem die Befragungsteilnehmer aus Betrieben und Arbeitgeberverbänden erachten es als wenig wünschenswert, die betriebliche Vergabepaxis von Ausbildungsplätzen gesetzlich zu reglementieren. Weder wollen sie, dass Bewerbungsverfahren in größeren Betrieben nur noch in anonymisierter Form durchgeführt werden, noch sehen sie es als zielführend an, einen bestimmten Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze für in Deutschland lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund zu reservieren. Doch nicht nur die wirtschaftsnahen Akteure bewerten solche gesetzlichen Regulierungsansätze eher kritisch. Auch bei den anderen Gruppen werden die übrigen Vorschläge dieses Handlungsfelds fast durchgängig als wünschenswerter erachtet.

Bei den Bewertungen der Jugendlichen fallen mehrere Punkte auf: Erstens erscheint ihnen – stark abweichend von den Experten – die Idee, den Hauptschulabschluss zu einem Ausbildungsreifezeugnis aufzuwerten, am wünschenswertesten (74 % Zustimmung). Offenbar haben viele der befragten Jugendlichen den Eindruck, dass ein Hauptschulabschluss in der heutigen Arbeitswelt nur gering geschätzt wird. Selbst dann, wenn man ihn erwirbt, ist keinesfalls garantiert, dass man in der Öffentlichkeit als „ausbildungsreif“ anerkannt wird – so wahrscheinlich die Sichtweise der Jugendlichen. Die Motivation, sich für einen Hauptschulabschluss anzustrengen, dürfte dies stark beeinträchtigen.

Zweitens stimmen die Jugendlichen mit 61 % im Vergleich zu den Experten erheblich häufiger dem Vorschlag zu, in größeren Betrieben Bewerbungen zu anonymisieren.

Drittens bewerten die Jugendlichen die beiden Vorschläge, die auf die Schaffung besonderer Bedingungen für Teilgruppen unter den Ausbildungsinteressierten abzielen („nicht ausbildungsreife Schulabgänger“ im ersten Vorschlag der **Übersicht 8**, „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ im letzten Vorschlag) als vergleichsweise wenig wünschenswert. Wenn man die befragten Jugendlichen allerdings nach ihrem eigenen Migrationsstatus¹⁰ aufteilt, zeigt sich insbesondere im Hinblick auf den Vorschlag, einen bestimmten Anteil der Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu reservieren, ein deutlicher Unterschied: Unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund finden dies 60 % wünschenswert, unter ihren Altersgenossen ohne entsprechenden Hintergrund nur 32 %.

3.5 Handlungsfeld „Veränderung der Angebote des Übergangssystems“

In diesem Handlungsfeld finden sich wieder mehr Reformvorschläge, deren Umsetzung über alle Expertengruppen hinweg befürwortet wird (vgl. **Übersicht 9**). Sowohl die Idee, betriebliche Praxisphasen bei den Bildungsgängen im Übergangssystem grundsätzlich in den Vordergrund zu stellen, als auch das Ziel, den „Maßnahmenschunzel“ im Übergangssystem zu lichten und somit Transparenz zu schaffen, werden in allen Expertengruppen von mehr als 75 % der Befragten als wünschenswert erachtet. Etwas weniger wünschenswert erscheint den Experten der Vorschlag, in allen Maßnahmen und Bildungsgängen des Übergangssystems den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses zu ermöglichen.

¹⁰ Der Migrationshintergrund wurde folgendermaßen definiert: *Kein* Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, in Deutschland geboren wurde und Deutsch als alleinige erste Sprache im Kindesalter erlernt hat. Trifft eine dieser Bedingungen nicht zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Übersicht 9: Bewertung der Vorschläge im Handlungsfeld „Veränderung der Angebote des Übergangssystems“ (Anteile der Befragten in Prozent, die die Vorschläge als „eher/sehr wünschenswert“ (= Zustimmung) bzw. als „eher/sehr wahrscheinlich bis 2015 umsetzbar“ (= Realisierung) einschätzen)

	Experten		Jugendliche		Anteil der Zustimmung der Experten nach Herkunft								
	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Betrieb	überbetriebliche Bildungsstätte	Schule	Kammer, zuständige Stelle	Arbeitgeberverband	Gewerkschaften	Forschung, Hochschule	staatliche Verwaltung, öffentlicher Dienst	Sonstige
Durchschnitt über alle 18 Vorschläge	64	27	68	38	58	66	67	59	55	70	70	65	70
Grundsätzlich sind alle Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet, dass darin betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen und den Teilnehmenden so die betriebliche Realität vermittelt wird.	91	57	80	54	83	95	91	95	96	85	90	91	91
Die Transparenz im Übergangssystem ist hergestellt: Statt zahlloser Programme und Projekte gibt es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen.	85	25	58	33	77	79	87	90	91	93	86	88	84
Grundsätzlich sind alle Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet, dass sie den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses ermöglichen.	80	35	80	58	78	79	84	73	59	93	85	74	96
Für alle nicht ausbildungsreifen Jugendlichen gibt es individuell zugeschnittene Angebote, mit welchen sie zur Ausbildungsreife geführt werden. Von Anfang an bekommen sie hierbei die Zusage, bei Erreichen der Ausbildungsreife direkt einen Ausbildungsplatz zu erhalten.	68	10	64	21	61	79	76	51	32	85	77	69	75
Jeder Ausbildungsberuf setzt sich aus einer überschaubaren Zahl von Ausbildungsbausteinen zusammen. Egal, wo Jugendliche diese absolvieren (Betrieb, Schule, Maßnahme innerhalb des Übergangssystems), erhalten sie hierfür ein Zertifikat. Wenn sie alle Ausbildungsbausteine erfolgreich absolviert haben, können sie sich zur Abschlussprüfung anmelden.	49	23	67	40	51	44	44	29	29	22	65	71	64
Jugendliche, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule mit einer Maßnahme oder einem Bildungsgang im Übergangssystem begonnen haben, aber sich nicht an die dort getroffenen Vereinbarungen halten (z. B. Berufswegeplanung), verlieren den Anspruch auf die weitere Teilnahme.	44	25	75	52	46	32	67	60	80	25	27	36	38

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Eher geringe Zustimmungsqoten innerhalb des Handlungsfeldes erhielt die Idee, Ausbildungsberufe in Ausbildungsbausteine zu zerlegen, die an verschiedenen Lernorten vermittelt und zertifiziert wer-

den können, was schließlich zur Teilnahme an der Abschlussprüfung berechtigen soll. Lediglich bei den Experten aus den Betrieben, den Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie Einrichtungen der staatlichen Verwaltung wünscht sich dies mehr als die Hälfte der Befragten. Insbesondere die Befragten aus Kammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften lehnen dies größtenteils ab.

Noch weniger wünschenswert erscheint den Experten der Vorschlag, Jugendliche, die sich im Übergangssystem befinden, bei der Nichteinhaltung von Vereinbarungen (z. B. Berufswegeplanung) unmittelbar scharf zu sanktionieren. Lediglich eine Mehrheit der Befragten aus Kammern, Arbeitgeberverbänden und Schulen hält dies für wünschenswert; die meisten sonstigen Experten lehnen dies ab.

Auch die befragten Jugendlichen wünschen sich vor allem, dass die Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems einen klaren Nutzen erkennen lassen. Sei es dadurch, dass sie vor allem realitätsnahe Einblicke in die betriebliche Arbeitswelt erlangen, oder dadurch, dass sie die Chance erhalten, einen ersten oder höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. Beide Vorschläge betrachten 80 % der Jugendlichen als wünschenswert. Bemerkenswert ist das Ergebnis, dass fast ebenso viele Jugendliche es begrüßen würden, wenn Jugendliche, die sich im Übergangssystem nicht an getroffene Vereinbarungen halten, sanktioniert würden. Die Zustimmungsquote fällt hier deutlich höher aus als beim Durchschnitt der Experten.

3.6 Handlungsfeld „Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung“

Die beiden Reformvorschläge im letzten Handlungsfeld werden von den Experten relativ einheitlich sowie als überdurchschnittlich wünschenswert und umsetzbar bewertet (vgl. [Übersicht 10](#)). Am aussichtsreichsten erscheint den Fachleuten der Ansatz, dass jeder Betrieb in schwierigen Ausbildungssituationen auf die Unterstützung durch einen persönlichen Ansprechpartner zurückgreifen kann. Doch auch die Idee, dass bei Betrieben, die Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden, ein Ansprechpartner mit entsprechendem Hintergrund zur Verfügung steht, erscheint sehr vielen Experten sinnvoll. Interessanterweise sind es allerdings gerade die Experten aus den Betrieben, die beide Vorschläge zwar auch als sehr wünschenswert erachten, die in ihrer Zustimmungsquote aber hinter den Quoten anderer Gruppen zurückbleiben. Vielleicht deutet sich hier die Erfahrung an, dass es auch dann, wenn es einen zuständigen Ansprechpartner gibt, im hektischen Betriebsalltag schwierig sein kann, dessen Unterstützung tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Auch die Jugendlichen finden einen allgemeinen Ansprechpartner für Betriebe sehr viel wünschenswerter als einen Ansprechpartner mit dem Migrationshintergrund der jeweiligen Auszubildenden. Wenn man die befragten Jugendlichen getrennt nach ihrem Migrationsstatus betrachtet, zeigt sich sogar, dass diejenigen, die selber über einen Migrationshintergrund verfügen, migrationspezifische Ansprechpartner seltener wünschen. Nur 57 % von ihnen erachten dies als wünschenswert, während es bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund 62 % sind. Während eine nach dem Migrationsstatus quotierte Vergabe von Ausbildungsplätzen von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch deutlich stärker gewünscht wurde als von denjenigen ohne Migrationshintergrund (vgl. Kap. 3.4), scheint es nicht im Interesse der jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu liegen, auch im Verlauf der Ausbildung vor allem als Migrant gesehen zu werden, der auf besondere Unterstützungsleistungen angewiesen ist.

Übersicht 10: Bewertung der Vorschläge im Handlungsfeld „Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung“ (Anteile der Befragten in Prozent, die die Vorschläge als „eher/sehr wünschenswert“ (= Zustimmung) bzw. als „eher/sehr wahrscheinlich bis 2015 umsetzbar“ (= Realisierung) einschätzen)

	Experten		Jugendliche		Anteil der Zustimmung der Experten nach Herkunft								
	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Zustimmung	Realisierung bis 2015	Betrieb	überbetriebliche Bildungsstätte	Schule	Kammer, zuständige Stelle	Arbeitgeberverband	Gewerkschaften	Forschung, Hochschule	staatliche Verwaltung, öffentlicher Dienst	Sonstige
Durchschnitt über alle 18 Vorschläge	64	27	68	38	58	66	67	59	55	70	70	65	70
Jeder Betrieb kann auf einen externen, persönlichen Ansprechpartner zurückgreifen, der in schwierigen Ausbildungssituationen Unterstützung leistet. Der Betrieb muss hierfür keine Zahlungen leisten.	85	32	86	36	76	89	89	83	86	73	89	93	82
Betriebe erhalten bei der Ausbildung eines Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei Bedarf Unterstützung durch einen Ansprechpartner mit entsprechendem Migrationshintergrund. Dieser berät die Betriebe bei Problemen in der Ausbildung.	79	34	60	34	68	74	91	76	82	86	82	84	77

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

3.7 Handlungsfeldübergreifende Betrachtung: Spitzenreiter und Schlusslichter unter den Reformvorschlägen

Nachdem die Reformvorschläge bisher getrennt nach den fünf Handlungsfeldern behandelt wurden, wird nun eine handlungsfeldübergreifende Betrachtung vorgenommen. Um die Reformvorschläge zu identifizieren, deren Umsetzung aus Perspektive der Experten und der Jugendlichen am stärksten oder am wenigsten gewünscht wird, werden in **Übersicht 11** die Vorschläge genannt, die bei den Experten und Jugendlichen jeweils die fünf obersten Rangplätze (Spitzenreiter) bzw. die fünf untersten Rangplätze (Schlusslichter) hinsichtlich der Zustimmung besetzen. Um die Erläuterung zu erleichtern, werden den Vorschlägen in der Übersicht Kurztitel zugeordnet.

Die Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung würden aus Expertensicht vor allem dann erfolgreicher verlaufen, wenn ausgehend von der allgemeinbildenden Schule eine intensivere Vorbereitung und Begleitung des Übergangs erfolgen würde. Beide Vorschläge, die sich auf dieses Handlungsfeld beziehen (Platz 1 „Potenzialanalyse und Übergangsbegleitung“, Platz 5 „Schulfach Berufsorientierung“), finden sich unter den Spitzenreitern der Experten. Doch auch die Umgestaltung der Bildungsangebote im Übergangssystem erachten die Fachleute als zentralen Ansatzpunkt: Bei allen Angeboten sollten betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen (Platz 2), und es sollte insgesamt eine Reduktion der Angebotsvielfalt erreicht werden (Platz 4). Schließlich könnte das Übergangsgeschehen aus Expertensicht verbessert werden, wenn Betriebe in kritischen Ausbildungssituationen kostenfrei auf persönliche Ansprechpartner im Sinne des „externen Ausbildungsmanage-

ments“ (Platz 3) zurückgreifen könnten. Die fünf Spitzenreiter erhalten nicht nur im Durchschnitt über alle Experten hohe Zustimmungsquoten, sondern auch innerhalb jeder einzelnen Expertengruppe. In allen Expertengruppen bezeichnen mindestens 70 % der Fachleute die fünf Spitzenreiter unter den Vorschlägen als eher oder sehr wünschenswert. Somit zeichnen sich die Vorschläge durch eine hohe Konsensfähigkeit aus.

Auffällig ist, dass sich unter den Spitzenreitern keine Reformvorschläge aus den Handlungsfeldern „Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen“ und „Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens“ befinden. Verschiedene Vorschläge, die diese Handlungsfelder betreffen, tauchen stattdessen bei den Schlusslichtern auf. So erscheint es den Fachleuten am wenigsten wünschenswert, den Zugang in betriebliche Berufsausbildungen gesetzlich zu reglementieren, indem „Ausbildungsquoten für Migranten“ (Platz 1 unter den Schlusslichtern) oder „anonymisierte Bewerbungen“ (Platz 2) vorgeschrieben werden. Auch einer „Sanktion von Jugendlichen bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen“ (Platz 3), der „Vermittlung zertifizierbarer Ausbildungsbausteine“ (Platz 4) sowie der Entwicklung eines „Messverfahrens für die Ausbildungsreife“ (Platz 5) stehen sie im Durchschnitt kritisch gegenüber. Während die Spitzenreiter unter den Vorschlägen allerdings von allen Expertengruppen gemeinsam gefordert wurden, werden die Schlusslichter deutlich heterogener beurteilt. So sind die wirtschaftsnahen Akteure (Betriebe, Kammern, Arbeitgeberverbände) fast durchgängig dagegen, die Besetzung betrieblicher Ausbildungsplätze in irgendeiner Weise gesetzlich zu reglementieren. Unter den Experten aus Schulen, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen findet dies deutlich höheren Zuspruch. Umgekehrt halten viele wirtschaftsnahe Experten eine stärkere Sanktionierung von Jugendlichen bei der Nichteinhaltung von Vereinbarungen durchaus für wünschenswert, wobei sie diesbezüglich auch von den Schulen unterstützt werden. Auf der Seite der Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen finden stärkere Sanktionierungen hingegen wenig Anklang.

Die Jugendlichen stimmen bei ihren Spitzenreitern in weiten Teilen mit den Fachleuten überein: Auf den obersten drei Rangplätzen sind in beiden Gruppen die gleichen Vorschläge vertreten, wobei die Jugendlichen nicht die „Potenzialanalyse und Übergangsbegleitung“ als bestes Instrument zur Verbesserung des Übergangsgeschehens einschätzen, sondern stattdessen die Förderung von externen Ansprechpartnern, die Betrieben bei der Ausbildung helfen. Hier zeigt sich, dass die Jugendlichen höchsten Wert auf gute personelle Bedingungen in ihren Ausbildungsbetrieben legen (vgl. BEICHT/KREWERTH 2009).

Abweichend von den Urteilen der Experten wünschen sich die Jugendlichen nicht nur, dass betriebliche Praxisphasen in den Angeboten des Übergangssystems im Vordergrund stehen, sondern auch, dass hier grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen wird, einen ersten oder höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. Schließlich taucht bei den Jugendlichen auch das „regionale Übergangmanagement“ unter den Spitzenreitern auf. Nicht vertreten sind bei den Jugendlichen hingegen die Einführung des Schulfaches „Berufsorientierung“ und die „Reduktion der Angebotsvielfalt im Übergangssystem“.

Übersicht 11: Reformvorschläge, deren Umsetzung von Experten und/oder Jugendlichen am stärksten und am wenigsten gewünscht wird (fünf oberste und unterste Rangplätze aller 18 Vorschläge bezüglich der Zustimmung)

Spitzenreiter unter den Reformvorschlägen	Experten	Jugendliche
Potenzialanalyse und Übergangsbegleitung: Bei Jugendlichen aus Hauptschulen oder vergleichbaren Schulformen wird in Klasse 7 überprüft, inwiefern mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Ausbildung zu rechnen ist. Gefährdete Jugendliche erhalten eine individuelle Übergangsbegleitung bis zur sicheren Einmündung in die Ausbildung. Zu diesem Zweck wird ihnen spätestens im letzten Schulbesuchsjahr ein fester Ansprechpartner zur Seite gestellt.	①	②
Betriebliche Praxis im Übergangssystem: Grundsätzlich sind alle Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet, dass darin betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen und den Teilnehmenden so die betriebliche Realität vermittelt wird.	②	③
Externes Ausbildungsmanagement: Jeder Betrieb kann auf einen externen, persönlichen Ansprechpartner zurückgreifen, der in schwierigen Ausbildungssituationen Unterstützung leistet. Der Betrieb muss hierfür keine Zahlungen leisten.	③	①
Reduktion der Angebotsvielfalt im Übergangssystem: Die Transparenz im Übergangssystem ist hergestellt: Statt zahlloser Programme und Projekte gibt es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen.	④	–
Schulfach Berufsorientierung: Das Fach „Berufsorientierung“ ist in allen allgemeinbildenden Schulen ein Pflichtfach, das von allen Schülern über mehrere Jahre besucht wird.	⑤	–
Schulabschlüsse im Übergangssystem: Grundsätzlich sind alle Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet, dass sie den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses ermöglichen.	–	④
Regionales Übergangsmanagement: In jeder Region wird der „Übergang von der Schule in den Beruf“ von einer Stelle koordiniert, die in kommunaler Trägerschaft liegt. Sie bündelt die Aktivitäten der zuständigen Akteure vor Ort mit dem Ziel, jedem Jugendlichen eine passgenaue Vermittlung und Begleitung in Ausbildung und Beschäftigung zu sichern.	–	⑤
Schlusslichter unter den Reformvorschlägen	Experten	Jugendliche
Ausbildungsquote für Migranten: Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Ausbildungsplätze an in Deutschland lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben.	①	①
Anonymisierte Bewerbungen: Größere Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, eingehende Bewerbungen um Ausbildungsplätze zu anonymisieren. Es wird somit ausgeschlossen, dass Bewerber, z. B. mit Migrationshintergrund, bei der Auswahl für Vorstellungsgespräche aufgrund ihrer Herkunft ausgegrenzt werden.	②	–
Sanktion von Jugendlichen bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen: Jugendliche, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule mit einer Maßnahme oder einem Bildungsgang im Übergangssystem begonnen haben, aber sich nicht an die dort getroffenen Vereinbarungen halten (z. B. Berufswegeplanung), verlieren den Anspruch auf die weitere Teilnahme.	③	–
Vermittlung zertifizierbarer Ausbildungsbausteine: Jeder Ausbildungsberuf setzt sich aus einer überschaubaren Zahl von Ausbildungsbausteinen zusammen. Egal, wo Jugendliche diese absolvieren (Betrieb, Schule, Maßnahme innerhalb des Übergangssystems), erhalten sie hierfür ein Zertifikat. Wenn sie alle Ausbildungsbausteine erfolgreich absolviert haben, können sie sich zur Abschlussprüfung anmelden.	④	–
Messverfahren für Ausbildungsreife: Für die Feststellung der Ausbildungsreife gibt es ein einheitliches und standardisiertes Messverfahren.	⑤	④
Angepasste Ausbildungsbedingungen: Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nicht ausbildungsreif sind, absolvieren nicht erst Maßnahmen oder Bildungsgänge im Übergangssystem. Sie erhalten stattdessen direkt einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz. Durch längere Ausbildungszeiten oder stärkere personelle Betreuung wird gewährleistet, dass sie die Ausbildung erfolgreich absolvieren können.	–	②
Reduktion Angebotsvielfalt: Die Transparenz im Übergangssystem ist hergestellt: Statt zahlloser Programme und Projekte gibt es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen.	–	③
Monitoring Bildungswege: Um Transparenz im Übergangsgeschehen sicherzustellen, werden die individuellen Verlaufswege der Jugendlichen ab der allgemeinbildenden Schule statistisch dokumentiert. Aus der so entstehenden amtlichen Statistik geht somit hervor, welche Wege die Jugendlichen von der Schule in die Arbeitswelt gehen.	–	⑤

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

Bezüglich der Schlusslichter stimmen die Jugendlichen weniger mit den Experten überein. Lediglich die geringe Zustimmung zu einer „Ausbildungsquote für Migranten“ und einem „Messverfahren für die Ausbildungsreife“ teilen beide Gruppen. Ein deutlicher Widerspruch besteht hingegen im Hinblick auf die „Reduktion der Angebotsvielfalt“ im Übergangssystem: Während dies bei den Experten zu den Spitzenreitern unter den Vorschlägen zählte, gehört es bei den Jugendlichen zu den Schlusslichtern. Sie als (potenzielle) Nachfrager dieser Angebote wünschen sich nicht eine Reduktion der Vielfalt, sondern finden es eher positiv, wenn sie vor dem Hintergrund ihrer individuellen Interessen aus einer breiten Angebotspalette wählen können. Überraschend ist das Ergebnis, dass der Vorschlag, Jugendliche bei der Nichteinhaltung von Vereinbarungen stärker zu sanktionieren, nicht zu den unbeliebtesten Vorschlägen aufseiten der Jugendlichen zählt. Stattdessen erreichte er mit einer Zustimmungquote von 75 % den sechsten Platz und zählte damit fast zu den Spitzenreitern.

Es wurde gezeigt, dass es unter den 18 Reformvorschlägen, die den Experten und Jugendlichen zur Bewertung vorgelegt wurden, sieben gibt, die von Experten und/oder Jugendlichen stark gewünscht werden. Der starke Wunsch nach bestimmten Reformen gewährleistet jedoch noch nicht deren Umsetzung. Denn angesichts politischer Machtverhältnisse und anderer gesellschaftlicher Entwicklungen kann es schwierig sein, z. B. ausreichende Finanzmittel für Umgestaltungen im Bildungssystem zu sichern. Schon die nach den Handlungsfeldern untergliederte Vorstellung aller Reformvorschläge hatte gezeigt, dass die Realisierungsquoten – also der Anteil der Experten, der eine Realisierung bis 2015 für „eher/sehr wahrscheinlich“ hält – bei allen Vorschlägen deutlich hinter den Zustimmungquoten zurückbleiben.

Dies ist auch bei den am stärksten gewünschten Reformvorschlägen der Fall, wie in **Übersicht 12** nochmals ausgewiesen wird. Lediglich die Idee, bei allen Bildungsgängen im Übergangssystem die betrieblichen Praxisphasen in den Vordergrund zu stellen, hält mehr als die Hälfte der Experten (57 %) für (eher) realisierbar. Bei den übrigen Vorschlägen vermutet ein Großteil der Fachleute, dass eine Umsetzung bis 2015 (eher) nicht erfolgen wird. Die geringste Realisierungschance wird dem Vorschlag zugesprochen, die Angebotsvielfalt im Übergangssystem zu reduzieren, um die Transparenz zu erhöhen.

Welche Faktoren führen dazu, dass die Experten eine zeitnahe Umsetzung der Vorschläge eher nicht erwarten? Die zentrale Ursache für die geringen Umsetzungschancen ist in den hohen finanziellen Kosten zu sehen, die bei einer flächendeckenden Umsetzung der Reformvorschläge entstehen würden. Bei fünf der sieben Vorschläge gehen die Experten im Durchschnitt davon aus, dass sich die Umsetzungskosten hemmend auf die Realisierung auswirken werden (**vgl. Übersicht 12**). Den übrigen Faktoren, deren Auswirkungen auf die Realisierung der Vorschläge die Experten einschätzen sollten, werden entweder neutrale oder fördernde Wirkungen auf die Umsetzung der Vorschläge zugesprochen. Während sowohl von den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmervertretern angenommen wird, dass sie sich für viele der Vorschläge einsetzen werden, haben die Experten den Eindruck, dass sich der gegenwärtige politische Wille zurzeit vor allem auf die Umsetzung zweier Vorschläge richtet: die Verstärkung betrieblicher Praxisphasen in Angeboten des Übergangssystems sowie die Einführung von Potenzialanalysen und Übergangsbegleitungen. Die übrigen Vorschläge, wie zum Beispiel die Intensivierung regionalen Übergangsmanagements, werden durch die aktuellen politischen Akteure weder besonders gefördert noch gehemmt, so die Einschätzung der Experten. Der demografische Wandel, der dazu führen wird, dass die Zahl der Schulabgänger noch über längere Zeit sinkt (**vgl. Kap. 2.2**), wirkt sich aus Perspektive der Experten auf die Realisierungschance verschiedener Refor-

men positiv aus. Zum Beispiel dürfte das Ziel des regionalen Übergangsmagements, jedem Jugendlichen eine passgenaue Vermittlung in Ausbildung und Beschäftigung zu vermitteln, bei geringeren Schulabgängerzahlen wesentlich leichter zu realisieren sein.

Übersicht 12: Realisierbarkeit der sieben am stärksten gewünschten Reformvorschläge sowie fördernde und hemmende Wirkung unterschiedlicher Faktoren auf die Realisierung (Mittelwerte über alle Experten)

	Anteil der Experten, der Realisierung bis 2015 für eher/sehr wahrscheinlich hält	Faktoren mit hemmender (-), keiner (o) oder fördernder (+) Wirkung auf Realisierung				
		Gegenwärtiger politischer Wille	Haltung der Arbeitgebervertreter	Haltung der Arbeitnehmervertreter	Umsetzungskosten	Demografischer Wandel
Betriebliche Praxis im Übergangssystem	57 %	+	+	+	o	+
Potenzialanalyse und Übergangsbegleitung	39 %	+	+	+	-	+
Schulfach Berufsorientierung	37 %	o	+	+	-	+
Schulabschlüsse im Übergangssystem	35 %	o	o	+	-	o
Externes Ausbildungsmanagement	32 %	o	+	+	-	+
Regionales Übergangsmangement	30 %	o	o	+	-	+
Reduktion der Angebotsvielfalt im Übergangssystem	25 %	o	+	o	o	o

Quelle: BIBB/Bertelsmann Stiftung, Expertenmonitor-Befragung 2010

4 Fazit: Fingerspitzengefühl ist gefragt

Auch in Zukunft wird in Deutschland ein Übergangssystem erforderlich sein – hiervon sind die befragten Experten und Jugendlichen überzeugt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die aktuellen Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems und auch die sonstigen Aktivitäten zur Unterstützung der Übergangsprozesse in gewohnter Weise fortgeführt werden sollten. Denn Entwicklungen wie der demografische Wandel, Neuerungen im Bildungssystem sowie Verschiebungen bei den Kompetenzen der Schulabgänger und den Anforderungen der Betriebe bedingen, dass sich auch das Übergangsgeschehen verändert. Die hierauf gerichteten Unterstützungsangebote sollten keinesfalls nur im Sinne der Förderung benachteiligter Jugendlicher gedacht werden. Denn angesichts der Vielzahl von Ausbildungsoptionen dürften *alle* Jugendlichen gewisse Beratungs- und Unterstützungsbedarfe haben. So zeigen die BA/BIBB-Bewerberbefragungen, dass es von allen Schulabgängern die Gymnasiasten sind, die sich am wenigsten auf ihre Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche vorbereitet fühlen (vgl. EBERHARD/ULRICH 2006).

Die aus unterschiedlichen Programmen und Initiativen sowie Forschungsergebnissen abgeleiteten Vorschläge zur Verbesserung des Übergangsgeschehens werden von den befragten Experten und Jugendlichen zum Teil ähnlich, zum Teil aber auch sehr unterschiedlich beurteilt. Im Überblick erscheinen vor allem folgende Ergebnisse für die weitere bildungspolitische Auseinandersetzung bedeutsam:

- Als überdurchschnittlich wünschenswert und realisierbar werden von den Experten alle vier Vorschläge in den Handlungsfeldern „Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung“ und „Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung“ bewertet. Wenn einerseits alle Schüler durch intensive Berufsorientierung auf ihren Weg in die Arbeitswelt vorbereitet und schwächere Jugendliche beim Übergang begleitet würden und andererseits die Betriebe bei der Durchführung der Ausbildung bei Bedarf auf externe Ansprechpartner zurückgreifen könnten, würde dies aus Sicht der Fachleute die Übergangsprozesse verbessern.
- Deutlich heterogener werden die Vorschläge in den Handlungsfeldern „Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens“, „Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen“ und „Veränderung der Angebote des Übergangssystems“ durch die Experten bewertet. Bezüglich vieler Vorschläge herrscht hier keine Einigkeit, ob diese wünschenswert seien, und auch die Vorschläge mit den geringsten Realisierungschancen liegen aus Sicht der Fachleute in diesen Feldern. Ursache hierfür ist, dass viele der hier enthaltenen Vorschläge ordnungspolitische Grundsatzfragen der beruflichen Bildung berühren: Sollen Ausbildungsberufe in Ausbildungsbausteine zerlegt werden, deren Absolvierung unabhängig vom Lernort zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss führen kann? Soll ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die ihre Ausbildungsreife nachgewiesen haben (z. B. über das Erreichen eines Hauptschulabschlusses), ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung eingeräumt werden, der ggf. durch außerbetriebliche oder schulische Ausbildungen eingelöst werden müsste? Dies sind Fragen, die je nach Herkunft der Experten sehr unterschiedlich beurteilt werden. Hierbei fällt auf, dass vor allem die wirtschaftsnahen Berufsbildungsexperten Ansätze kritisch beurteilen, durch die ausbildungsinteressierte Schulabgänger, die aufgrund mangelnder Ausbildungsreife oder einer schlechten Marktlage keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, einen Anspruch auf eine vollqualifizierende außerbetriebliche oder schuli-

sche Berufsausbildung erhielten. Ursache hierfür könnte einerseits die Befürchtung sein, dass letztlich die Wirtschaft zur Finanzierung der kostenintensiven Ansätze mit herangezogen würde. Andererseits ist auch denkbar, dass die wirtschaftsnahen Experten die Berufsausbildungen, die ersatzweise schulisch oder außerbetrieblich durchgeführt werden, als ungünstiger im Hinblick auf die Vermittlung beruflicher Handlungsfähigkeit einschätzen. Aus dieser kritischen Haltung resultieren Rückfragen an die Forschung, deren Vertreter diese Ansätze sehr wünschenswert finden: Sind die Berufsausbildungen, die ersatzweise außerbetrieblich oder schulisch erfolgen, heute bereits so organisiert, dass der erwünschte Nutzen – der rasche Übergang der Schulabgänger in vollqualifizierende Berufsausbildungen, die eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt gewährleisten – möglichst gut und effizient erreicht wird? Reichen die bereits vorliegenden Evaluationen aus, die zum Beispiel im Rahmen des „Ausbildungsplatzprogramms Ost“ durchgeführt wurden (vgl. z. B. BERGER/GRÜNERT 2007, FERTIG u. a. 2009), um hierzu abschließende Antworten zu geben?

- Die Jugendlichen stimmen in vielen Punkten mit den Experten überein. Ein wichtiger Unterschied zeigt sich allerdings hinsichtlich des Vorschlags, die Vielfalt der Bildungsangebote des Übergangssystems auf nur wenige Grundtypen zu reduzieren. Aus Sicht der Jugendlichen zählt dieser Ansatz zur Verbesserung des Übergangsgeschehens zu den fünf am wenigsten gewünschten Vorschlägen, während er bei den Experten zu den fünf Spitzenreitern gehört. Hier wird deutlich, dass die starke Ausdifferenzierung des Übergangssystems von denjenigen, die die Angebote nachfragen, durchaus als positiv wahrgenommen wird, da sie ihnen viele Wahlmöglichkeiten gibt. Für die Berufsbildungsexperten, die die Vielfalt überblicken, beurteilen und organisieren sollen, kann sie hingegen auch belastend werden. Bei der Reform des Übergangssystems ist daher Fingerspitzengefühl gefragt: Wenn das Übergangssystem die unterschiedlichen Interessen der Jugendlichen abdecken soll (z. B. auch die Möglichkeit, im Übergangssystem Schulabschlüsse zu erwerben), darf die Vielfalt der Angebote nicht zu stark eingeschränkt werden – auch wenn dies die Organisation des Systems natürlich nicht erleichtert.

Anhang: Weiterführende Informationen zu den in Kap. 2.2 thematisierten Programmen und Initiativen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt

Name und Träger	Ziele	Mittel zur Erreichung der Ziele	Weitere Informationen
Bundesebene			
Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ (BMBF)	Vermeidung von Schulabbrüchen, Verbesserung des Übergangs in duale Ausbildung, Fachkräftesicherung	Potenzialanalysen ab der 7. Klasse, hierauf aufbauend Maßnahmen zur Berufsorientierung. 30.000 Schüler, deren Übergang gefährdet erscheint, erhalten Unterstützung durch 1.000 Berufseinstiegsbegleiter und 1.000 Senior Experts.	http://www.bmbf.de/de/14737.php http://www.bibb.de/de/32010.htm
Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ (BMBF)	Steigerung von Effektivität und Qualität der Förderinstrumente des Übergangsmanagements	Verbesserung regionaler Kooperationen im Bereich des Übergangsmanagements und Stärkung vorhandener Netzwerkstrukturen durch aktuell 27 regionale Projekte.	http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/106.php
Ausbildungsstrukturprogramm „Jobstarter“ (BMBF)	Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze und Unterstützung bei ihrer Besetzung	Förderung regionaler Projekte, die z. B. regionale Ausbildungsverbünde fördern und Betrieben externes Ausbildungsmanagement anbieten. In Jobstarter CONNECT Erprobung von bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen in bisher 14 Ausbildungsberufen.	http://www.jobstarter.de
Positionspapier „Weniger ist mehr – Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf“ (DGB)	Gewährleistung, dass alle Jugendlichen ihre Potenziale entwickeln und eine vollqualifizierende Berufsausbildung antreten können	Forderungen zu neun Handlungsfeldern: u. a. Berufsorientierung und individuelle Berufswegeplanung als Standardangebot in allgemeinbildenden Schulen, regionales Übergangsmanagement stärken, stärkere Anrechnung der Berufsvorbereitung auf die Ausbildung.	http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de
Länderebene			
„Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf“ (Hamburg)	Übergangssystem entwickeln, das verlässliche Begleitung in weiterführende Bildung, Ausbildung, Studium und Beschäftigung gewährleistet	U. a. Intensivierung der Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen (Potenzialanalysen, Berufswegeplanung), Aufnahme von bei der Ausbildungsplatzbewerbung erfolglosen Jugendlichen in das „Hamburger Ausbildungsmodell“ (anerkannte Ausbildung nach BBiG/HwO oder Landesrecht bei Berufsschulen und Bildungsträgern).	http://www.hamburg.de/contentblob/1546270/data/bsrahmenkonzept-
Pilotprojekt „3. Weg in der Berufsausbildung“ (Nordrhein-Westfalen)	Vermittlung eines anerkannten Ausbildungsabschlusses nach BBiG/HwO an ausbildungswillige, aber noch nicht ausbildungsreife Jugendliche	Ausbildungswillige, aber noch nicht ausbildungsreife Jugendliche erlernen bei Bildungsträgern unter besonderen Bedingungen (individuelle Qualifizierungs- und Förderplanung, Bildungscoaching, Streckung/Unterbrechung der Ausbildungszeit) Ausbildungsbausteine, die sich auf einen von 13 Ausbildungsberufen beziehen. Durch Teilnahme an der Zwischen- und Abschlussprüfung können sie einen Berufsabschluss erreichen.	http://www.arbeit.nrw.de/ausbildung/ausbildung_weiterentwickeln/dritter_weg/index.php
Initiative „Übergänge mit System“ (Bertelsmann Stiftung, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen)	Entwicklung eines Rahmenkonzeptes für die zukünftige Gestaltung des Übergangssystems zwischen Schule und Arbeitswelt	Kernforderung: Reduktion der Übergangsmaßnahmen auf zwei Grundtypen. Einerseits Angebote für nicht ausbildungsreife Jugendliche, die zur Ausbildungsreife führen. Hierbei verbindliche Zusage, bei Erreichung der Ausbildungsreife abschlussorientierte Berufsausbildung antreten zu können. Andererseits für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz keine Übergangsmaßnahmen, sondern direkter Beginn mit abschlussorientierter Berufsausbildung.	http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/prj_99090.htm
Kommunale Ebene			
„Weinheimer Initiative“ (20 Städte und Landkreise mit Unterstützung der Freudenberg Stiftung)	Gewährleistung, dass Jugendliche berufliche Perspektiven entwickeln und aussichtsreiche Schritte in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben unternehmen können	Forderung nach und Erprobung von „kommunaler Koordinierung“ und „lokaler Verantwortungsgemeinschaft“.	http://www.weinheimer-initiative.de/

5 Literatur- und Quellenverzeichnis

ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES: Erstes Modellprojekt zu anonymisierten Bewerbungsverfahren in Deutschland. Fünf Unternehmen und ein Ministerium nehmen teil. Berlin 2010 – verfügbar unter: <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/ADS/Presse/pressemitteilungen,did=155636.html> (Abruf am 4.12.2010)

ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE (Hrsg.): Weinheimer Initiative 2007. Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung. Weinheim 2007 – verfügbar unter: http://www.weinheimer-initiative.de/Portals/7/Dokumente/WEINHEIMER_Erklärung%202007.pdf (Abruf am 3.12.2010)

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld 2008 – verfügbar unter: http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf (Abruf am 25.11.2010)

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010 – verfügbar unter: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf> (Abruf am 25.11.2010)

BAMMING, Ruth; SCHIER, Friedel: Ausbildungsberichterstattung – Mehr Transparenz durch einen integrierten Ansatz. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 39. Jg. (2010), H. 1, S. 39-42

BECKER, Carsten; GEHRKE, Jürgen; MEYER, Anne; SCHANK, Christoph: Evaluation des Pilotprojektes „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“. Abschlussbericht. o. O. 2010 – verfügbar unter: <http://www.gib.nrw.de/service/downloads/abschlussbericht-evaluation-3-weg?darstellungsart=themen> (Abruf am 3.12.2010)

BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG, HAMBURG: Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf. Hamburg 2009 – verfügbar unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/1546270/data/bsbrahmenkonzept-> (Abruf am 29.11.2010)

BEICHT, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. BIBB Report 11/09. Bielefeld 2009 – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/de/52414.htm> (Abruf am 25.11.2010)

BEICHT, Ursula; FRIEDRICH, Michael; ULRICH, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008

BEICHT, Ursula; GRANATO, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. BIBB Report 15/10. Bielefeld 2010 – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/de/56246.htm> (Abruf am 17.12.2010)

BEICHT, Ursula; KREWERTH, Andreas: Qualität der betrieblichen Ausbildung im Urteil von Auszubildenden und Berufsbildungsfachleuten. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 38. Jg. (2009), H. 5, S. 9-13

- BEICHT, Ursula; ULRICH, Joachim Gerd: Bilanzierung oder Rechtfertigung? Was Urteile von Probanden zum Ausbildungsnutzen bedeuten. Eine akteurtheoretische Kritik evaluativer Berufsbildungsforschung. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Bd. 36 (2010), H. 1, S. 161-185
- BERGER, Klaus; GRÜNERT, Holle: Zwischen Markt und Förderung – Wirksamkeit und Zukunft von Ausbildungsplatzstrukturen in Ostdeutschland. Ergebnisse eines gemeinsamen Workshops des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Zentrums für Sozialforschung Halle e. V. Bielefeld 2007
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen. Gütersloh 2008 – verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-FD3D2BD1-E50C00EA/bst/xcms_bst_dms_26143_26517_2.pdf (Abruf am 1.12.2010)
- BERTELSMANN STIFTUNG: Einfluss der demographischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt. Expertise von Prof. Dr. Dieter Euler im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2010a – verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2B967BDD-9434FE66/bst/xcms_bst_dms_32525_32526_2.pdf (Abruf am 17.12.2010)
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.): Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“. Gütersloh 2010b – verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-529028F9-B68E8DF7/bst/xcms_bst_dms_32110_32112_2.pdf (Abruf am 3.12.2010)
- BLOSSFELD, Hans-Peter: Nationales Bildungspanel – Kurzportrait. Bamberg 2010 – verfügbar unter: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/inbil/Abbildungen/NEPS_Projektvorstellung.pdf (Abruf am 3.12.2010)
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG: Bessere Chancen für volle berufliche Qualifizierung – Junge Leute profitieren vom demografischen Wandel. Pressemitteilung 43/2010. Bonn 2010 – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/de/56237.htm> (Abruf am 3.1.2011)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung. Band 3 der Reihe Berufsbildungsforschung. Berlin/Bonn 2009 – verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/band_drei_berufsbildungsforschung.pdf (Abruf am 2.12.2010)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: Bildungsketten. Berlin 2010a – verfügbar unter: <http://www.bmbf.de/de/14737.php> (Abruf am 29.11.2010)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: Richtlinien für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten vom 1. Juni 2010. Bonn 2010b – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Vorabdruck-BO-Richtlinie.pdf> (Abruf am 3.1.2011)
- BUNDESREGIERUNG; BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Verwaltungsvereinbarung zum Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung. Berlin/Nürnberg 2010 – verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/verwaltungsvereinbarung_bildungsketten.pdf (Abruf am 3.12.2010)
- BYLINSKI, Ursula: Netzwerkbildung im Übergangssystem. In: MÜNK, Dieter; RÜTZEL, Josef; SCHMIDT, Christian (Hrsg.): Labyrinth Übergangssystem. Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Bonn 2008, S. 121-132

- DGB-BUNDESVORSTAND (Hrsg.): Weniger ist Mehr – Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf. Berlin 2010 – verfügbar unter: [http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/fileadmin/user_upload/BBA -
_Material/Aktuelles/101015_DGB Weniger ist Mehr E2 80 93 Jugendliche im C3 9Cbergang zwischen Schule und Beruf.pdf](http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/fileadmin/user_upload/BBA_-_Material/Aktuelles/101015_DGB_Weniger_ist_Mehr_E2_80_93_Jugendliche_im_C3_9Cbergang_zwischen_Schule_und_Beruf.pdf) (Abruf am 29.11.2010)
- DIONISIUS, Regina; SCHWÄBIG, Stefan: Quantitative Synopse zur relativen Bedeutung unterschiedlicher Bildungsgänge. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010, S. 97-104 – verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- DOBISCHAT, Rolf; KÜHNLEIN, Gertrud; ROSENDAHL, Anna ; FISCHHELL, Marcel: Gestaltungsakteure beim Übergang Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt. Probleme, erste Lösungsansätze und offene Forschungsfragen aus Arbeitnehmersicht. Abschlussbericht. Essen/Dortmund 2010 – verfügbar unter: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-221-5-1.pdf (Abruf am 29.11.2010)
- EBERHARD, Verena: Das Konzept der Ausbildungsreife – ein ungeklärtes Konstrukt im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, H. 83. Bonn 2006 – verfügbar unter: [http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_83_Konzept_Ausbildungsreife\(1\).pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_83_Konzept_Ausbildungsreife(1).pdf) (Abruf am 20.12.2010)
- EHRENTHAL, Bettina; EBERHARD, Verena, ULRICH, Joachim Gerd: Ausbildungsreife – auch unter den Fachleuten ein heißes Eisen. Ergebnisse des BIBB-Expertenmonitors. Bonn 2005 – verfügbar unter: https://www.expertenmonitor.de/downloads/Ergebnisse_20051027.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- FERTIG, Michael; FRIEDRICH, Werner; DOLZE, Liane; PUXI, Marco: Untersuchung des Verbleibs und der Übergangsprobleme von Absolventen vorberuflicher und beruflicher Bildungsgänge als Beitrag zur Beurteilung der Wirksamkeit verschiedener Unterstützungs- und Ausbildungsprogramme im Freistaat Sachsen. Berlin 2009 – verfügbar unter: http://www.smwa.sachsen.de/set/431/Verbleibsstudie_2009.pdf (Abruf am 4.1.2011)
- FRIEDRICH, Michael: Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009, S. 70-81 – verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- GERICKE, Naomi: Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010, S. 147-159 – verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- GRANATO, Mona; BEICHT, Ursula; EBERHARD, Verena; FRIEDRICH, Michael; SCHWERIN, Christine; ULRICH, Joachim Gerd; WEIß, Ursula: Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Zwischenbericht. Bonn 2010 – verfügbar unter: http://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/zw_24202.pdf (Abruf am 4.12.2010)

- GROBE DETERS, Fenne; ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd: Entwicklung des Nachfragepotenzials nach dualer Berufsausbildung bis 2020. In: ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, H. 106. Bonn 2008 – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/id/2079> (Abruf am 24.11.2010)
- HEISTER, Michael: Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme und Modellinitiativen. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010, S. 371 – verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006 – verfügbar unter: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf> (Abruf am 25.11.2010)
- PROJEKTRÄGER IM DEUTSCHES ZENTRUM FÜR LUFT- UND RAUMFAHRT E. V. FÜR DAS PROGRAMM PERSPEKTIVE BERUFSABSCHLUSS DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): Perspektive Berufsabschluss. Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Newsletter 1/2008. Bonn 2008 – verfügbar unter: http://www.perspektive-berufsabschluss.de/media/barrierefrei_PBA-Newsletter_Nr_1.pdf (Abruf am 3.12.2010)
- TROLTSCH, Klaus: Regionale Entwicklung der Berufsbildung. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010, S. 60-64 – verfügbar unter: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf (Abruf am 25.11.2010)
- ULRICH, Joachim Gerd: Ausbildungsmarkt im Umbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2010 im Spiegel der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, H. 121. Bonn 2010 – verfügbar unter: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/id/6524> (Abruf am 16.12.2010)
- ULRICH, Joachim Gerd: Jugendliche im Übergangssystem – eine Bestandsaufnahme. BWP@ Spezial 4, 2008 – verfügbar unter: http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/ulrich_ws12-ht2008_spezial4.pdf (Abruf am 6.12.2010)
- ULRICH, Joachim Gerd; EBERHARD, Verena: Schulische Vorbereitung und Ausbildungsreife. In: EBERHARD, Verena; KREWERTH, Andreas; ULRICH, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006, S. 35-56
- ULRICH, Joachim Gerd; EBERHARD, Verena: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: BEICHT, Ursula; FRIEDRICH, Michael; ULRICH, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008, S. 13-57
- ULRICH, Joachim Gerd; KREWERTH, Andreas; FLEMMING, Simone; GRANATH, Ralf-Olaf: Trotz Rückgang des Ausbildungsplatzangebots 2010 etwas bessere Ausbildungsmarktlage als im Vorjahr. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010. Bonn 2010 – verfügbar unter: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_2010_Internetnachricht_Lehrstellenmarkt_20101217.pdf (Abruf am 4.1.2011)

Abstract

Trotz der einsetzenden Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt gestaltet sich der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung für viele Jugendliche weiterhin schwierig. Teilweise verweilen sie lange in Maßnahmen des sogenannten „Übergangssystems“, teilweise fallen sie aber auch ganz aus dem Bildungssystem heraus. Über neue Instrumente und Wege zur Verbesserung des Übergangs wird intensiv debattiert.

Die vorliegende Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bertelsmann Stiftung zeigt, wie aktuelle Reformansätze von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen bewertet werden. Das Ergebnis: Während einige der 18 Reformansätze in allen Akteursgruppen auf breite Zustimmung stoßen, fallen die Einschätzungen bei anderen äußerst kontrovers aus.

Despite the gradual easing of the apprenticeship-place market, the transition from school into vocational education and training remains a difficult one for many young people. Some languish for lengthy periods in so-called ‘transition system’ programmes, while others drop out of the education system completely. New instruments and solutions for improving this transition are the subject of vigorous debate.

The present study by the Federal Institute for Vocational Education and Training (BIBB) and the Bertelsmann Foundation shows how current reform approaches are rated by vocational education experts and young people. The findings: while some of the 18 reform approaches meet with broad approval from all stakeholder groups, opinions on others are divided in the extreme.